

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



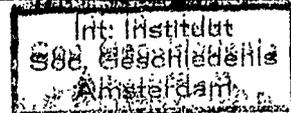
Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Spediteur

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. Dezember 1931.

Unnütze Zahlenspielerereien.



SPD. Vor wenigen Tagen hat das Reichsinnenministerium dem Reichstag eine Denkschrift über den Stand der deutschen Volksgesundheit vorgelegt. Ihr Zweck ist, die volksgesundheitliche Entwicklung innerhalb der letzten Zeit zu schildern und Anhaltspunkte für die gesundheitliche Zukunft des Volkes zu geben. Sie soll der Regierung und den massgebenden Körperschaften auch einen Spiegel vorhalten, der zeigt, wie sich die gesetzgeberischen Massnahmen gesundheitlich auswirkten und in welcher Weise die Volksgesundheit von der Politik beeinflusst wird. Selbstverständlich spielt die Statistik hierbei eine grosse Rolle. Durch sie kann man einigermassen erkennen, welche Krankheiten zugenommen haben, welche Wirkungen diese Institutionen zur Bekämpfung bestimmter Krankheiten hatten, welche bevölkerungspolitischen Veränderungen vor sich gingen (Zu- oder Abnahme der Geburten, der Todesfälle, u.a.m.). Hier ist das Gebiet, wo die Zahl als solche beweiskräftig sein kann.

Leider lässt sich die Denkschrift dazu verleiten, die Zahl als Beweismittel auch dort anzuwenden, wo man aus durchschnittlichen Berechnungen zu Unrecht Schlüsse auf das einzelne Individuum ziehen will: Die Ernährungslage des deutschen Volkes. Dass die volksgesundheit zu einem grossen Teil auf einer gesunden und ausreichenden Nahrung basiert, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. Was tut man nun, um nachzuweisen, dass die Ernährung des deutschen Volkes zufriedenstellend ist? Man zieht die Zahl zu Hilfe: Die allmächtige Zahl.....

Die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes zitiert die "neuesten" Wirtschaftserhebungen des Statistischen Reichsamtes. Sie liegen vor aus der Zeit vom März 1927 bis Februar 1928. Am 22. Oktober 1931 legt also das Reichsgesundheitsamt Zahlen vor, die bis Februar 1928 gesammelt wurden, und nennt sie die "neuesten". Hier beginnt bereits der Unfug der Zahl! Jedes Kind weiss, dass die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Zuspitzung in den Jahren 1930 und 1931 erfahren haben. Kann man die Zeit von März 1927 bis Februar 1928 die gewissermassen schon mythologisch, kaum erinnerlich ist, mit unserer Zeit vergleichen? Die meisten von uns werden sich wehmütig an die Periode März 1927 bis Februar 1928 erinnern..... Wie gut ging es uns da noch, wie weit liegt das alles zurück!.... Und das sollen die "neuesten" Wirtschaftserhebungen sein!? Die Statistik arbeitet langsam, nur mühsam zieht sie das Fazit aus der Unsumme des angehäuften Materials. Kann man aber aus solchem längst überholtem Zahlengewirr noch irgend welche Schlüsse ziehen auf die Gegenwart? Das Merkwürdige ist, dass die Denkschrift das tut!

Das Statistische Reichsamt hat vor fast 5 Jahren an 2000 Familien Wirtschaftsbücher verteilt, in die vom März 1927 bis Februar 1928 alle Einnahmen und Ausgaben eingetragen wurden. 896 Arbeiterhaushaltungen waren in fünf Einkommensklassen bis 1500 Mk Jahreseinkommen eingeteilt. Man hat nun aus diesen Wirtschaftsbüchern ausgerechnet, welchen Tagesverbrauch an den wichtigsten Lebensmitteln jede erwachsene Person der betreffenden Haushalte hatte. Und da rechnete man aus: 126 gr. Fleisch und Fleischwaren, $\frac{1}{2}$ Ltr. Milch,

16 gr. Butter, 39 gr. andere Fette, 13 gr. Käse, $\frac{1}{2}$ Ei, 18 gr. Fische, 307 gr. Brot und Backwaren, 67 gr. Nahrungsmittel, 421 gr. Kartoffeln, 109 gr. Gemüse, 85 gr. Obst, 45 gr. Zucker, 1/10 Lt. Bier. Daraus errechnete ein berühmter Statistiker einen Energiewert der täglichen Nahrung von zusammen 2 850 Kalorien!

Was soll diese Statistik nun eigentlich besagen? Die Denkschrift erklärt: "Die durchschnittliche Ernährung in den bei der Erhebung erfassten 896 Arbeiterfamilien war danach dem Nährwert nach ausreichend und genügend reichhaltig, sie berücksichtigte Obst, Gemüse, Milch als Vitaminträger und enthält auch Genussmittel" und weiter: "Ebensowenig wie aus dem dargezeigten statistischen Material kann auch aus den dem Reichsgesundheitsamt sonst bekanntgewordenen Angaben gefolgert werden, dass die Bevölkerung etwa überwiegend nicht mehr imstande wäre, sich ausreichend zu ernähren"

Das "dargezeigte statistische Material" umfasst den Zeitraum von März 1927 bis Februar 1928. Dazwischen bis zum Oktober 1931 liegt eine grundlegende soziale Verschiebung innerhalb des deutschen Volkes. Die Wirtschaftskrise wurde unerträglich, die Arbeitslosigkeit verschärfte sich zu einem im Februar 1928 noch nicht geahnten Masse, die Preise der Nahrungsmittel veränderten sich, die Lebensmittelölle wurden erhöht und die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes veröffentlicht nicht nur statistische Angaben, die heute nur noch historischen Wert besitzen, nein, sie zieht sogar noch Folgerungen in bezug auf die heutige Ernährungslage.

Aber selbst, wenn diese alten und beweislosen Zahlen aktuelle wären, wenn sie in der Zeit vom März 1930 bis zum Oktober 1931 gewonnen wären, was würden sie schon besagen? 2000 Haushaltungen wurden untersucht, darunter 896 Arbeiterfamilien! Kann man aus einem so geringen Bruchteil auf den Ernährungsstandard aller deutschen Haushaltungen schliessen? Man vergegenwärtige sich die grossen sozialen Unterschiede, die z.T. auch territorial bedingt sind. Kann eine solche Durchschnittszahl in gleicher Weise für die Arbeiterhaushalte in Berlin, im Rheinland, im Ruhrgebiet, in Waldenburg und im Erzgebirge gelten? Rein rechnerisch gesehen, mögen die Ziffern stimmen, aber praktische Beweiskraft haben sie überhaupt nicht. Der Energiewert der täglichen Nahrung, der mit dem Bleistift gewonnen wurde, lässt sich in einer Zahl nicht wiedergeben. Er wird - ohne dass wir rechnerisch den Beweis führen müssen, hier genügt der gesunde Menschenverstand - im Waldenburger Hungergebiet, unter den Heimarbeitern im Erzgebirge und unter den Bergarbeitern des Ruhrgebietes bedeutend geringer sein als in agrarischen Gebieten. Kann man überhaupt so differenzierte soziale Schichtungen, wie sie in Deutschland leider häufig sind, unter einer Durchschnittszahl zusammenfassen? Nein, es wäre Unsinn.

Die Denkschrift begeht den Fehler, dass sie aus theoretischen Zahlen, die ausserdem noch seit Jahr und Tag überholt sind, aus Ziffern, die in einer, nur einen geringfügigen Bruchteil der Bevölkerung umfassenden rechnerischen Übung gewonnen wurden, positive, allgemeingültige Schlüsse ziehen will. Solche Zahlenspielerereien mögen auf anderen Gebieten interessant und unbedenklich sein. In der Ernährung und auf volksgesundheitlichem Gebiete sind sie gefährlich, weil sie irreführen und einen allgemeinen Lebensstandard vortäuschen, der nicht mehr vorhanden ist.

SPD. Stuttgart, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Anschluss an die Stuttgarter Otto Wels-Versammlung kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen heimkehrenden Versammlungsbesuchern und uniformierten Nazis, die in Stärke von etwa 400 Mann aus der Richtung von Münster kamen.

Als die Reichsbannergruppen von Fellbach, Cannstatt, Münster und Zuffenhausen auf dem Heimweg von der Versammlung etwa die Höhe der König Karlbrücke

über den Neckar erreichten, stiessen die Nazis von der Flanke her auf die heimkehrenden Versammlungsbesucher. Sofort begannen die Nationalsozialisten mit Tötlichkeiten. Insbesondere natten es die SS.-Leute auf die Sturmflagge des Reichsbanners Zuffenhausen abgesehen, der sie sich zu bemächtigen versuchten. Einige bei der Fahne marschierende Reichsbannerkameraden wurden blutig geschlagen. Dem Reichsbannerkameraden Illgut wurden mit einem Schlagwerkzeug, das nachher ein Kriminalbeamter auf der Strasse fand, mehrere stark blutende Kopfwunden beigebracht. Der verletzte konnte von Angehörigen des Arbeitersamariterbundes versorgt werden. Ausser Illgut wurden noch mehrere Reichsbannerkameraden verletzt. Der Vater Illguts konnte sich einer Misshandlung nur durch schnelles Ausweichen entziehen.

Wie die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" berichtet, durchziehen in den letzten Tagen vor der Gemeinderatswahl organisierte Nazidiebesbanden Tag und Nacht die Stuttgarter Altstadt und stehlen sozialdemokratisches Propagandamaterial. Von Personen, die zum Teil noch in schulpflichtigem Alter stehen, wurden die sozialdemokratischen Wahlzeitungen und Flugblätter aus den Briefkästen in den Häusern herausgestohlen und vernichtet. Andere Nazis haben sich auf das Abreissen der Wahlplakate gelegt. Die Nachforschungen haben ergeben, dass die aus den Briefkästen der Häuser gestohlenen Wahlzeitungen in einer Nazizentrale, einem Schreibwarengeschäft auf dem Wilhelmplatz, abgeliefert wurden, wo eine von der Kriminalpolizei unvermutet vorgenommene Haussuchung ein überraschendes Ergebnis hatte. Zur Feststellung des näheren Tatbestandes wurde der Sohn des Inhabers verhaftet.

SPD. Ein Berliner Morgenblatt hatte am Freitag gemeldet, dass alle Schule Preussens im Januar zur Einsparung von Beheizungs- und Beleuchtungskosten geschlossen werden sollen. Amtlich wird dazu mitgeteilt, dass diese Mitteilung jeder Grundlage entbehrt.

SPD. Breslau, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Kluft zwischen den Bundesgenossen von Harzburg vertieft sich in Schlesien von Tag zu Tag mehr. Ein neuer Streit ist jetzt zwischen den Nazis und den Deutschnationalen im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zur niederschlesischen Landwirtschaftskammer ausgebrochen. Hugenbergs Freunde beschwerten sich darüber, dass die NSDAP, obwohl Hitler den schlesischen Deutschnationalen gegenteilige Versprechungen gegeben haben soll, gesonderte Listen gegen den Landbund aufstellen will. Die nationalsozialistische "Schlesische Tageszeitung" erwidert auf diese Vorwürfe sehr nachdrücklich und weist die besorgten Landbündler auf eine klare Anweisung der Münchener Reichsleitung hin, der zufolge die NSDAP in Zukunft für alle Kammerwahlen mit eigenen Listen vorgehen wird. Dann heisst es in der schlesischen Tageszeitung wörtlich weiter:

"Die Herren deutschnationalen Schleicher, die sofort Au schreien und, an die Harzburger Tagung erinnern, wenn sie einmal von einem unserer Redner leise auf den Fuss getreten werden, hätten viel mehr Grund, sich an die Harzburger Tagung zu erinnern, dass nicht der Efeu die Eiche stützt, sondern dass sich der schwache Efeu lieblich an der Eiche emporzuranken hat. Wenn der Efeu die Eiche kitzelt, könnte diese sich einmal schütteln, und dann liegt der Efeu auf der Nase."

Schöne Bundesgenossen!

SPD. Paris, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die offiziellen Verhandlungen über die Regelung des chinesisch-japanische Konflikts sind am Freitag wiederaufgenommen worden.

Der erste japanische Delegierte Yoshizawa stattete am Nachmittag dem Ratspräsidenten Briand einen Besuch ab und unterrichtete ihn über die Ansicht seiner Regierung in bezug auf die Schaffung einer neutralen Zone. Die japanischen Vorschläge gehen dahin, über die Organisation dieser Zone direkte Verhandlungen zwischen Tokio und den chinesischen Behörden, d. h. dem Marschall Tschanghsueliang einzuleiten und zu gleicher Zeit den Völkerbundsrat zu bitten, durch eine Kommission die Chinesen von der Zweckmässigkeit zu überzeugen, ihre Truppen zurückzuziehen, bevor ein Abkommen zwischen Tokio und den chinesischen Behörden zustande gekommen ist. Die Verwaltung der neutralen Zone soll nach dem Wunsche der Japaner durch gemeinsame Anordnungen des japanischen und chinesischen Truppenkommandanten geregelt werden. Auch der chinesische Delegierte Sze setzte Briand von den Instruktionen seiner Regierung in Kenntnis.

Kurz nach achtzehn Uhr trat der Völkerbundsrat ohne die Vertreter Japans und Chinas zusammen, um sich über die chinesischen und japanischen Antworten unterrichten zu lassen.

SPD. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid, Grassmann, Hertz und Hilferding sprachen am Freitag Nachmittag beim Reichskanzler Dr. Brüning vor, um sich nach dem Stand der Arbeiten an der neuen Notverordnung zu erkundigen und dem Reichskanzler mitzuteilen, wie es innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion ausserordentlich verstimmend wirke, dass der Reichsregierung im Kampf gegen den faschistischen Terror die nötige Entschlossenheit fehle. Sie machten darauf aufmerksam, dass gegenüber der Absicht der Reichsregierung auf gleichzeitige Preis- und Lohnsenkung in weitesten Volkskreisen grosses Misstrauen besteht. Der Versuch, die Löhne weiter zu senken und die Lohnsenkung durch Eingriffe in das Tarifrecht in kürzester Frist zu ermöglichen, sowie der Abbau der Sozialversicherung werde nach wie vor auf entschiedensten Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stossen.

Der Reichskanzler legte die Absichten dar, von denen sich die Reichsregierung bei der neuen Notverordnung leiten lasse, versicherte aber, dass über ihre Gestaltung in den Einzelheiten noch nichts Endgültiges feststeht.

SPD. Paris, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Gegen den französischen Zollprotektionismus macht sich allmählich in Frankreich selbst grosser Widerstand bemerkbar. Durch die Einschränkung der Einfuhr werden besonders die französische Schifffahrt und der Ueberseehandel schwer geschädigt. Infolgedessen hat am Freitag der Verband der grossen französischen Hafenstädte eine Entschliessung angenommen, in der die Regierung und das Parlament aufgefordert werden, durch eine Zolldeflation allmählich die Freiheit und die Stabilität der Handelsbeziehungen Frankreichs mit dem Ausland wiederherzustellen und damit dem Ueberseehandel und der französischen Schifffahrt wieder zu einer normalen Tätigkeit zu verhelfen. Zu diesem Zweck soll u. a. das Parlament den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Einfuhrsteuern auf Halbfertig- und Fertigfabrikate ablehnen und die Ratifizierung der Verordnung über die Festsetzung von Einfuhrkontingenten verweigern. Die Regierung soll zugleich die Devisenausgleichszölle auf Waren aus Ländern mit entwerteter Währung wieder rückgängig machen. Ähnliche Entschliessungen sind in den letzten Tagen auch von anderen Interessentenverbänden angenommen worden.

SPD. Die Besprechungen, die die Vertreter der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Freitag mit dem Reichskanzler Dr. Brüning hatten, haben keine Klärung der Absichten der Reichsregierung gebracht, und infolgedessen auch keine Klärung der politischen Gesamtsituation. Sie wird erst eintreten, wenn der Inhalt der neuen Notverordnung bekannt ist, was frühestens für den Dienstag der nächsten Woche erwartet wird. Mit dem Zusammentritt der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist danach für die zweite Hälfte der nächsten Woche zu rechnen.

Auch die inzwischen in die Öffentlichkeit gedruckten Nachrichten über die Absichten der Reichsregierung machen das Gesamtbild nicht viel übersichtlicher. Man hat den Eindruck, dass sich die Reichsregierung so sehr in den Gedanken festgebissen hat, eine gleichzeitige Preis- und Lohnsenkung durchzuführen, dass sie kaum noch von dieser Absicht abgebracht werden kann. Selbst die Einsetzung eines Preiskommissars und die sofortige Senkung der durch Kartelle gebundenen Preise für Kohle, Eisen, Düngemittel und Baustoffe schaffen aber noch keine Senkung der Lebenshaltungskosten, die den Massen des Volkes die dringend notwendige fühlbare Erleichterung ihrer Lebenshaltung bringt. Die Versicherung, man wolle den Reallohn nicht senken, kann also bestenfalls die Absicht der Regierung sein, aber nicht die Wirkung ihrer Massnahmen.

Im Ältestenrat des Reichstags sprachen sich am Freitag lediglich die Kommunisten, die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Deutsche Volkspartei für einen sofortigen Zusammentritt des Reichstages aus. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Frage der Einberufung des Reichstags wird erst durch die nächste Fraktionssitzung festgelegt werden.

SPD. Tokio, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Nach einer vom Kriegsministerium veröffentlichten Liste sind bei den chinesisch-japanischen Kämpfen in der Mandschurei bisher 12 japanische Offiziere und 198 Soldaten getötet, 27 Offiziere und 446 Soldaten verwundet worden.

SPD. Düsseldorf, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Stabsbüro Nordwest der NSDAP ist in aller Heimlichkeit von Düsseldorf nach Münster verlegt worden. Eine neue Organisation wurde in Düsseldorf jedoch nicht geschaffen. Wahrscheinlich fühlt sich der Stab in Düsseldorf in seiner Betätigung für die Zukunft nicht so frei, wie in dem ausserhalb der Besatzungszone liegenden Münster.

SPD. Stuttgart, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Bundesgenossenschaft der Harzburger wird trefflich charakterisiert durch den Kommentar des Stuttgarter Nazi-Blattes zu Hugenbergs Rede vor dem deutschnationalen Parteiausschuss. Das Blatt schreibt dazu:

"Wir freuen uns, dass endlich die klare Trennungslinie gezogen ist zwischen uns und denen, die sich fälschlicherweise als unsere Freunde ausgeben. Von dieser Sorte Freunde kann man uns verschonen, denn wir können unseren Weg durchaus allein gehen, wie wir es bisher tun mussten. Lassen wir daher Herrn Hugenberg mit seinen Mannen unter sich und wenden wir uns wichtigeren Aufgaben zu. Diese Herren werden an chronischen Alterserscheinungen zugrundegehen und sind für die Zukunft nichts anderes als eine Belastung für den, der mit frischem Aktivismus den Kampf für die deutsche Zukunft führt."

SPD. Dresden, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Eine vom sächsischen Schiffsahrtsverein einberufene Versammlung, die von Schiffsahrtsvertretern aus ganz Deutschland besucht war und an der auch Vertreter der sächsischen Regierung teilnahmen, befasste sich mit der Notlage der Elbschiffsahrt. Die Konferenz beschloss einstimmig, unter staatlicher Mithilfe ein Kartell anzustreben, das die gesamte deutsche Binnenschiffsahrt vereinigt, um sie vor dem bevorstehenden Zusammenbruch zu bewahren.

SPD. Die Pressestelle des Reichsbanners teilt mit :

Wie es mit der Legalität der Nationalsozialisten aussieht, lässt ein unerhörter Vorgang erkennen, der sich in der Nacht zum Mittwoch in Berlin in der Klopstockstrasse abspielte. Ein auf dem Nachhausewege befindlicher Republikaner wurde vor dem Hause Nummer 146 von sechs Nationalsozialisten umringt, von denen ihm einer eine Pistole auf die Brust setzte, während die andern ihn durchsuchten. Nur der Umstand, dass er Ausweise, die ihn als Angehörigen einer republikanischen Organisation legitimierten, nicht bei sich trug, bewahrten ihn vor dem Schlimmsten. Die Nationalsozialisten begnügten sich damit, ihm zwei Zigaretten wegzunehmen. Es ist also schon so weit gekommen, dass friedliche Passanten der Gefahr ausgesetzt sind, nationalsozialistischen Wegelagerern in die Hände zu fallen.

SPD. Wien, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Nationalrat hat am Freitag ein sogenanntes Strafella-Gesetz beschlossen. Es bestimmt, dass die Verträge mit dem von der Staatsstreichregierung Vaugoin-Starhemberg ernannten Generaldirektor der Bundesbahnen Strafella und seinen Freunden aufgehoben werden.

SPD. Das Organ der christlichen Gewerkschaften "Der Deutsche" nimmt ebenfalls gegen die Herabsetzung des Existenzminimums Stellung. Er schreibt:

"Gegenüber einer derartigen Massnahme muss man erhebliche Bedenken äussern. Seit 1925 war man bemüht, den steuerfreien Einkommensanteil zu erhöhen. Diese Tendenz hat seinerzeit in der Lex-Brüning den stärksten Ausdruck gefunden. Diese Politik war nicht nur in sozialer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung richtig. Sie bedeutete einmal eine Rationalisierung der Steuererheber. Ferner ist die starke Anspannung der indirekten Konsumsteuern, besonders soweit sie den sogenannten Massenluxus erfassen, nur vertretbar, wenn die direkte Besteuerung der grossen Zahl kleinerer und mittlerer Einkommen entsprechend niedriger ist. Sonst verliert das Steuersystem seinen Sinn und erzeugt nicht die gewollte Wirkung, die u.a. in einer Förderung der Kapitalbildung besteht.

Natürlich liegt das Argument nahe, das Existenzminimum sei infolge des Indesrückganges nicht mehr in alter Höhe notwendig. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich beim Existenzminimum ausschliesslich um Güter des sogenannten starren Bedarfs handelt, deren Preisbewegung schon die bisherigen Lohnsenkungen zum grossen Teil nicht mitgemacht hat. Ausserdem ist die grundsätzliche Frage zu stellen, ob man beabsichtigt, derart wichtige Einzelheiten unseres Steuersystems der Bewegung des Index anzupassen. Dann müsste bei künftigen Preissteigerungen das steuerfreie Existenzminimum automatisch wieder erhöht werden. Wer garantiert das?"

SPD. Dessau, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Freitag vormittag nahm die Kriminalpolizei hier bei mehreren Nationalsozialisten Haussuchungen vor. Wie die Polizei mitteilt, wurde wichtiges Belastungsmaterial gefunden. U.a. konnten auch zahlreiche Waffen beschlagnahmt werden.

SPD. London, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Handelsminister Runciman erklärte am Freitag gegenüber seinen Kritikern im Unterhaus, dass die bisher eingeführten englischen Zölle nicht als Vergeltungsmassnahmen gegen den französischen Valutazoll gegen England auferlegt worden seien, sondern dass der letztere zeitlich den englischen Zöllen vorangegangen sei. Gleichzeitig aber richtete der Handelsminister scharfe Worte, die eine Drohung mit dem Zollkrieg enthielten, an Frankreich und die übrigen Länder, indem er das französische Vorgehen als mit dem bisher in den französisch-englischen Handelsbeziehungen geltenden Meistbegünstigung als unvereinbar bezeichnete: "Ich möchte es im Ausland und auch bei uns verstanden wissen, dass wir, wenn wir in Zukunft getroffen werden wie wir durch den französischen Erlass getroffen wurden, das nicht einfach auf sich beruhen lassen können. Ich hoffe, dass wir auf freundschaftliche Weise unsere Differenzen beilegen können. Aber wenn diese Methoden um sich greifen, dann würden sie England so sehr schaden, dass wir es nicht ignorieren könnten."

Von solchen etwaigen Vergeltungsmassnahmen abgesehen liegt der künftige Kurs der englischen Zöllpolitik - abgesehen auch davon, dass die Regierung sich zur Gewährung einer Getreideeinfuhrquote an die Dominien entschlossen zu haben scheint - noch keineswegs fest. Die gegenwärtige Absperrung anormaler Einfuhr soll im Gegenteil nach der Auffassung des Handelsministers dazu dienen den Weg für die Zollpolitik des Jahres 1932 freizuhalten und die Zollpolitik der Zukunft nicht zu präjudizieren. Ein Mitglied der englischen Regierung wird während der Parlamentsferien die Gebiete der englischen Eisenindustrie bereisen, sein Bericht wird eine wichtige Grundlage für die Entscheidung über den Zollschutz für Eisen und Stahl sein.

SPD. Wien, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Rechtsvertreter Pfriemers teilt mit, dass dieser erst nach der Beendigung der Schwurgerichtsprozesse gegen die Putschisten um freies Geleit nach Österreich nachsuchen werde. Die Prozesse beginnen am 14. Dezember in Graz.

SPD. London, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Chefredakteur des "Völkischen Beobachter" und Aussenpolitiker der Nationalsozialisten, Rosenberg, hält sich zurzeit in London auf und ist bemüht mit englischen Politikern Führung zu nehmen. Das Foreign Office interessiert sich sehr für seinen Aufenthalt. Es ist Rosenberg bisher jedoch noch nicht gelungen, mit einem Mitglied der Regierung zusammenzukommen. Rosenberg war vor allen Dingen bemüht, Baldwin zu sprechen, was jedoch misslang. Dagegen wurde er von Lord Lloyd empfangen, einem sehr weit rechts stehenden Konservativen und Scharfmacher.

SPD. Beuthen O/S., 4. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der frühere erste Direktor der zusammengebrochenen Mittelstandsbank Hansa bank Oberschlesiens Morawietz wurde am Freitag vom Beuthener Landgericht wegen fortgesetzter Untreue zu 2 Jahren 5 Monaten Gefängnis und zu 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hat die Hansabank durch unberechtigte Kreditgewährung an einen polnischen Bergwerksbesitzer um 1 300 000 Mark geschädigt. Tausende von kleinen Sparern sind durch den Zusammenbruch der Bank in Mitleidenschaft gezogen worden.

SPD. Neustrelitz/Meckl., 4. Dez. (Eig. Dr.)

In der Freitag-Sitzung des Mecklenburg-Strelitz'schen Landtages wurde die seit mehreren Jahren im Amt befindliche Regierung von Reibnitz, die von der Sozialdemokratie und den Mittelparteien gestützt wurde, gestürzt. Die mittelparteilichen Gruppen stimmten für einen deutschnationalen Misstrauensantrag, der mit 22 Stimmen gegen 13 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde.

Auf vorschlag des deutschnationalen Fraktionsführers von Waldow wurde nach den Bestimmungen der Landesverfassung vom Landtagspräsidenten der deutschnationale Abgeordnete Dr. vom Michael, ein Rittergutsbesitzer aus Mecklenburg-Strelitz, zum Minister ernannt. Der deutschnationale Minister berief die bisherigen Staatsräte der Regierung von Reibnitz, den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Schreckhas, den demokratischen Abgeordneten Gundlach und den Handwerkerabgeordneten Fröhmecke als Staatsräte in die Rechtsregierung. Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen die Rechtsregierung bereits ein Misstrauensvotum eingebracht, über das in der nächsten Woche im Landtag abgestimmt werden wird. Wahrscheinlich wird die Rechtsregierung eine Mehrheit erhalten. In politischen Kreisen wird allgemein angenommen, dass die neue Regierung mit Rücksicht darauf, dass die Wahlperiode des jetzigen Landtages am 29. Januar abläuft, beschleunigt Neuwahlen ausschreiben wird.

SPD. London, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Lancashire hat sich unter den Arbeitgebern der Baumwollwebereien keine Mehrheit für die geplante und von der Zentralorganisation der Arbeitgeber empfohlene Tarifkündigung gefunden. Die Aussichten für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens in der Baumwollindustrie sind dadurch besser geworden.

SPD. Naumburg, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Nazi-Wanderredner von Ribbentrop wurde hier wegen böswilliger Beschimpfung und Beleidigung der Reichsregierung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Nazi-Agitator hatte in einer Versammlung in Naumburg erklärt, dass die heutigen Machthaber ihre Macht auf Grund eines Verbrechens von 1918 ausübten. Der Kanzler gehe auf den Maskenball, während das Volk hungere. Die Regierung lebe von Frankreichs Gnade und von Frankreichs Geld.

Der Staatsanwalt hatte als Sühne für diese gemeinen Verleumdungen 6 Monate Gefängnis beantragt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Alles über Koks

"Koks" auf der Hintertreppe.

Die Rauschgiftseuche in Aegypten - Der Offizier, der fehlte... - Volk im Vordergrund, "Herrschaften" im Hintergrund.

SPD.Alexandrien, Ende Nov.(Eig.Bericht)

Der Polizeiverwaltung von Alexandrien gelang die Entdeckung einer grossen Schmugglerbande, deren Zusammensetzung derartig ist, als ob sie einem Roman von Edgar Wallace nachgebildet wäre. Die Bande beschäftigte sich mit dem Vertrieb von Rauschgift.

Fellachen und Börsianer.

Da der legitime ägyptische Handel in einem lawinenmässig sich vollziehenden Abstieg begriffen ist, wenden findige und gewissenlose Geschäftemacher seiner illegitimen Schwester gesteigerte Beachtung zu. Je schlechter die Zeiten werden, desto mehr erhöht sich das Bedürfnis nach Betäubung und kein Artikel wird zur Zeit in Aegypten mehr begehrt und höher bezahlt als der Tröster Haschisch, Kokain und Heroin. Seitdem sich die Unmöglichkeit herausgestellt hat, mühelose Gewinne aus der Arbeit des Fellachen an der Baumwollbörse herauszupressen, beginnt der Schleichhandel mit Rauschgiften zu einer salonfähigen Angelegenheit zu werden, für den sich auch angesehene Bankiers und ehrenfeste Börsenmitglieder interessieren. Dabei geht es so zu wie überall. Die armen Teufel, die beim Schmuggel der Narkotika durch die Wüste und beim Vertrieb auf den Strassen beschäftigt sind, tragen ihre Haut für ein paar Piaster zu Märkten, während die Finanziers einen zwar gefährlichen, aber einträglichen Ersatz für ihre wertlos gewordenen bisherigen Betätigungsobjekte gefunden haben.

Diplomaten, Dämchen, Desperados.

Die Notwendigkeit, die neuen Geschäfte dem Auge des Gesetzes zu entziehen hat zu einer Neuorganisation des Betriebs genötigt, der wegen seiner Illegalität hintertreppenhaft aufgezogen sind. In die jetzt von der alexandrinischen Polizei aufgedeckten Affäre sind zweifelhafte Dämchen, deklassierte Diplomatenöhne, gewinnsüchtige Schiffsoffiziere und Desperados verwickelt, die hinter der Szene von Bankiers und Finanziers mit untadeligem Ruf und hoher gesellschaftlicher Stellung dirigiert wurden. Die Behörden sind der Bande durch die Verhaftung von zwei jungen Aegyptern und zwei Griechinnen auf die Spur gekommen, die versuchten, fünf Kilo Heroin durch den hiesigen Hafenzoll zu schmuggeln. Nachforschungen nach ihren Hintermännern führten zu der ungewöhnlichen Feststellung, dass sie die Komplizen eines Offiziers auf einem der grossen zwischen Triest und Alexandrien verkehrenden italienischen Passagierdampfer waren. Seine Verhaftung vollzog sich unter dramatischen Umständen. Als die vier an Bord des Schiffes gebracht wurden und mit dem Offizierkorps konfrontiert wurden, fehlte ein Offizier, der erst im letzten Augenblick vor der Abfahrt sich einstellte und mit Bestimmtheit als der Schuldige erkannt wurde. Unter dem Druck der Beweise legte er ein Geständnis ab und es ergab sich, dass von ihm aus Fäden zu einer gross angelegten Zentrale führten, die ihrerseits wieder in einem lebhaften Verkehr mit Europa stand.

Das Verschwinden des Friedhofverwalters.

Der nächste Schachzug war die Verhaftung zweier griechischer Börsianer, auf deren Hinweis wieder ein griechischer Bankier, der Besitzer eines Millionenvermögens und Angehöriger der Alexandriner oberen Zehntausend in Gewahrsam gesetzt wurde. Er gilt als der Finanzmann und das geistige Oberhaupt der Bande. Nach langtägigen Vernehmungen und Haussuchungen sind ungefähr 40 Personen

sowohl aus der guten, aus der zweifelhaften wie aus der eindeutigen Gesellschaft der Stadt dingfest gemacht worden. Sie waren teils als Verbindungsleute, teils als Vermittler und teils als Verkäufer in dem schmutzigen Geschäft tätig oder sind - wie einige Bravos der dunkelsten Hafenviertel - dazu verwandt worden, dem Unternehmer schädliche Personen zu beseitigen. Zu ihren Opfern gehört u.a. der Verwalter des englischen Friedhofes in Alexandrien, wo sich eine Zeit lang eines der wichtigsten Depots der Gesellschaft befunden hat.

+ + +
Klotz und die Wahrheit.

Widersprüche im Calmette-Prozess - Hat Dr. Riffon gewarnt ? Der Tod des Kindes Griese.

SPD.Lübeck, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Freitag-Verhandlung im Calmette-Prozess stand im Zeichen widersprechender Aussagen.

Zunächst wurden Dr. Riffon und Dr. Jannasch einander gegenübergestellt. Oberarzt Dr. Jannasch hatte im Januar 1930 vor der Lübecker Aerzteschaft einen unterrichtenden Vortrag über das Calmette-Verfahren gehalten. In der Diskussion, die sich an den Vortrag anschloss, hatte damals Dr. Riffon Bedenken gegen die Einführung des Calmette-Verfahrens geäußert. Welche Bedenken er aber geäußert hatte, darüber ist man sich heute nicht mehr einig. Dr. Riffon erklärt, er habe gewarnt. Er habe darauf hingewiesen, dass es unter deutschen Aerzten bisher üblich gewesen ist, vor Einführung ausländischer Verfahren das Prüfungsergebnis unserer deutschen wissenschaftlichen Untersuchungsstellen, also der Universitäten und Krankenhäuser, abzuwarten. Dr. Jannasch erklärt hingegen, Dr. Riffon habe in der Diskussion nur darauf hingewiesen, es sei doch sonderbar, dass das Calmette-Verfahren in vielen europäischen Staaten eingeführt sei, und er habe daran die Frage geknüpft, ob es daher nicht möglich sei, dass uns dieses Verfahren aus politischen Gründen vorenthalten würde. Der Widerspruch konnte nicht geklärt werden.

Auch im Falle Griese liessen sich die Widersprüche, die die Beweisaufnahme bisher ergeben hat, nicht beseitigen. Das Kind Griese ist im Dezember 1929, also bereits vor der Einführung des Calmette-Verfahrens mit BCG gefüttert worden. Fräulein Griese, die uneheliche Mutter des Kindes, die am Freitag als Zeugin vernommen wurde, gab an, sie habe ihre Einwilligung zur Fütterung nicht gegeben. Dr. Jannasch: "Einen Tag nach der Entbindung habe ich Fräulein Griese gefragt, ob sie damit einverstanden sei, dass ihr Kind einen unschädlichen Schutzstoff gegen zukünftige Ansteckungen erhalten würde. Darauf erklärte Fräulein Griese mündlich ihr Einverständnis."

Dr. Jannasch erklärte dann weiter, am 17. Mai 1930 zeigte Professor Klotz in meiner Gegenwart im Kinderhospital den beiden Professoren Lange das Kind Griese. Professor Klotz habe damals gesagt: "Dieses hier ist unser erstes Calmette-Kind. Da ich beim Kind Griese an einen Zusammenhang mit der Calmette-Fütterung dachte, hatte ich Bedenken, hier eine im Mutterleib erworbene Tuberkulose anzunehmen. Da aber drei Lungenspezialisten wie Professor Deyke, Dr. Altstaedt und Dr. Jannasch dieser Ansicht waren, liess ich meine Bedenken fallen."

Professor Klotz bestritt darauf, bei dem Kind Griese überhaupt an einen Zusammenhang mit der Calmette-Fütterung gedacht zu haben. Rechtsanwalt Dr. Cantor hielt ihm dann seine eigene Aussage vor, die er am achten Verhandlungstag dieses Prozesses gemacht hatte. Damals hatte Professor Klotz erklärt, er habe seinerzeit seinen Assistenten Dr. Wiener beauftragt, ein Stückchen von der Drüse des Kindes Griese zu entfernen, um diese Drüse Professor Deyke und Dr. Jannasch zu übermitteln, weil er an die Möglichkeit eines Zusammenhanges mit der Fütterung dachte. Professor Klotz konnte auf diesen Vorhalt nichts erwidern. Die übereinstimmenden Aufzeichnungen der Prozessbeteiligungen ergeben

eindeutig, dass die Aussage, die Professor Klotz am Freitag gemacht hatte, im völligen Widerspruch zu seiner früheren Aussage stand. Auch die Aussagen über die Vorgänge im Laboratorium gingen in den wichtigsten Punkten auseinander.

Nach acht Verhandlungswochen herrscht also noch immer kleine Klarheit, was eigentlich in Lübeck geschehen ist und wie das Unglück zu erklären ist. Anfang nächster Woche werden die Sachverständigen ihre Gutachten erstatten. Fortsetzung der Verhandlung am Sonnabend.

+ + +
Kieburgs "Freundschaftsgeschäfte". Im Berliner Sklarekprozess wurden am Freitag die Mitglieder des Aufsichtsrates der Berliner Anschaffungsgesellschaft (BAG) über die von dem verstorbenen BAG-Direktor Kieburg getätigten Geschäfte vernommen. Durch die Aussagen dieser Zeugen ist der von den angeklagten Brüdern Sklarek bisher stets behauptete Betrug an ihnen durch Kieburg bewiesen. Die Brüder Sklarek sind in den Büchern der BAG mit über 200 000 Mark zu Unrecht belastet worden, und offenbar als Entschädigung hierfür hat man ihnen den Deckenauftrag über 500 000 Mark gegeben. Im übrigen meinte der frühere zweite Geschäftsführer der BAG, Kistenmacher, dass er sich um die Dinge nicht so sehr bekümmert habe, weil es sich nach seinem Eindruck bei Kieburg doch im allgemeinen mehr um "Freundschaftsgeschäfte" gehandelt hätte. An viele Einzelheiten konnte sich der Zeuge nicht mehr erinnern. Ironisch meinte schliesslich der Vorsitzende: "Man gewinnt allmählich den Eindruck, dass, wenn die Zeitungen nicht berichten würden, viele Zeugen nur noch recht wenig oder gar nichts mehr wissen würden." (Heiterkeit)

Bei der Vernehmung von Obermagistratsrat Schindler erklärte der Vorsitzende: "Das ist also der zweite Zeuge, der im Widerspruch steht zu Bürgermeister Scholtz." Das Gericht lehnte aber trotzdem ab, auf diesen Widerspruch näher einzugehen, weil er sich nur auf ein Nebenthema bezieht und nicht auf das zur Verhandlung stehende Thema der BAG-Geschäfte und der Sklarek-Bestechungen. Dieses Thema dürfte jetzt ungefähr abgeschlossen sein, zumal der Vorsitzende erklärte, dass das Gericht keine Lust habe, noch bis Pfingsten 1932 zu verhandeln

+ + +
Schauerlicher Leichenfund. Am Freitag-Morgen fanden Strombauarbeiter auf dem Rheinstrombett unter der Köln-Mühlheimer Brücke eine männliche Leiche, die mindestens ein Jahr im Wasser gelegen hat. Da der Schädel zertrümmert war und ausserdem an der Leiche Teile eines Sackes festgestellt wurden, rechnet man mit einem Verbrechen.

+ + +
Teurer Schnaps. Das erweiterte Schöffengericht Liegnitz verurteilte am Freitag den Gastwirt Paul Huhn und den Destillateur Ernst Heckert aus Liegnitz wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz zu je 9 846 Mark Geldstrafe und einen Monat Gefängnis sowie 2 500 Mark Wertersatz, den Bäckermeister Wehner aus Liegnitz wegen Beihilfe zu 2 461 Mark Geldstrafe und Wertersatz, einen Gutsbesitzer zu 984 Mark Geldstrafe und einen Kupferschmied zu 500 Mark Ordnungsstrafe. Der angeklagte Huhn hatte zusammen mit Heckert seit einem Jahr Schnaps in erheblichen Mengen vertrieben, der in einer von dem Kupferschmied errichteten Geheimbrennerei hergestellt worden war. Wehner hatte bei der Schnapsherstellung geholfen. Der Gutsbesitzer hatte das Grundkapital geliefert.

+ + +
Die Dresdener Sklarekiade. Der Lieferungsskandal bei den Werkstätten der Dresdner Strassenbahn zieht immer weitere Kreise. Ein Dresdner Pelzwarenfabrikant und ein pensionierter Beamter, der früher als Schneider in den Werkstätten der Strassenbahn beschäftigt war, sind verhaftet worden. Revisoren einer Treuhandgesellschaft prüfen gegenwärtig die Bücher eines mit Lieferungen an die Strassenbahn betrauten Betriebes nach und haben bereits Unstimmigkeiten festgestellt.

Schallplattenkrieg. Zwischen dem deutschen Rundfunk und mehreren Schallplattenfirmen schwebt bereits seit längerer Zeit ein Konflikt, der sich nunmehr zugespitzt hat. Die betreffenden Schallplattenfirmen fühlen sich durch die dauernden Schallplattenkonzerte der deutschen Rundfunksender wirtschaftlich geschädigt. Da keine Einigung zustande gekommen ist, wird der Sender vom 6. Dezember an vorerst nur noch die Schallplatten der an dem Protest nicht beteiligten Firmen spielen lassen.

Auch weite Kreise der Berufsmusiker fühlen sich durch die übermäßige Verwertung der Schallplatte in den deutschen Rundfunkprogrammen benachteiligt. Sie machen geltend, dass die Berufsmusiker im Rundfunk nicht im Verhältnis zur Quantität der verbreiteten Musik beschäftigt werden, während gleichzeitig die Honorare bei vielen deutschen Sendern beträchtlich abgebaut worden sind. Im Zusammenhang damit muss erwähnt werden, dass beispielsweise im Berliner Rundfunk trotz aussergewöhnlich hoher Spitzengehälter jährlich 10 Millionen mehr eingenommen werden, als zur Bestreitung sämtlicher Unkosten nötig sind. Die Mehreinnahme fließt der Post zu.

+ + +
Neuer Beinhorn=Flug. Die 20jährige Afrikafliegerin Elli Beinhorn startete am Freitag Mittag auf dem Flugplatz Berlin=Staaken mit einer Klemm-Daimler-Maschine zu einem Fernostflug, der noch über Indien hinausführen soll. Elli Beinhorn fliegt allein.

+ + +
30 000 Mark unterschlagen? Die Kirchenbehörde in Berlin hat gegen den 72 Jahre alten Rechnungsrat Seemann von der Dorotheenstädtischen Gemeinde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Seemann, der 45 Jahre im Staatsdienst tätig war und bisher als ein korrekter Beamter galt, wird beschuldigt, von den ihm anvertrauten Geldern rund 30 000 Mark unterschlagen zu haben.

+ + +
Deutsches Windmühlenflugzeug. Die Focke Wulf=Flugzeugbau A.G. in Bremen hat die Herstellung eines Windmühlenflugzeugs begonnen, da sich das von dem spanischen Flieger De la Cierva in England, Frankreich und USA. vorgeführte Flugzeug gleichen Typs sehr bewährt zu haben scheint.

+ + +
Hakenkreuz im Oberschenkel. Im anatomisch=biologischen Institut der Berliner Universität hat sich eine nationalsozialistische Studentin die üble Geschmacklosigkeit geleistet, in einen zu sezierenden Oberschenkel ein Hakenkreuz hinein zu schneiden. Die Persönlichkeit der Täterin steht noch nicht fest, soll aber ermittelt werden.

+ + +
Studentenstreik. Die 1200 Schüler der Mathematik= und Wasserbaulehrer der Technischen Hochschule in Sofia sind in Streik getreten. Die jungen Leute behaupten, viel zu strenge und völlig ungerechtfertigte Zensuren erhalten zu haben.

+ + +
Jakubowski=Freispruch? Die Eltern des russischen Gutarbeiters Jakubowski, der wegen Ermordung des kleinen 9-jährigen Ewald Nogens aus Palingen (Mecklenburg) vor mehreren Jahren vom Schwurgericht in Neustrelitz möglicherweise unschuldig zum Tode verurteilt worden ist, haben zugunsten ihres hingerichteten Sohnes ein formelles (nicht öffentliches) Wiederaufnahmeverfahren in Gang gebracht. Als ihr Bevollmächtigter hat Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt Freispruch beantragt und die Staatsanwaltschaft hat sich diesem Antrag angeschlossen. Das Gericht wird in Kürze entscheiden.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Schliesst die Reihen!

Um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

SPD. Durch die Reihen der deutschen Arbeiter geht der Ruf nach Zusammen-
schluss und Einigung. Die Not der Stunde hat diesen Ruf ausgelöst. Der Arbeit-
ter sieht, dass niemand ihm hilft, wenn er sich selbst nicht hilft. Die Wahr-
heit des Wortes, die Befreiung der Arbeiter könne nur das Werk der Arbeiter-
schaft selbst sein, erlebt er tagtäglich nur allzu grausam in der Bedrohung
seiner eigenen Existenz. "Worauf warten wir noch?" Schreit das gequälte Herz.
"Wollen wir warten, bis wir gar keinen Lohn mehr erhalten? Stand für den Ar-
beiter jemals mehr auf dem Spiel als in diesen Tagen? War die Zeit jemals rei-
fer für die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung als jetzt?"
Die Stunde der Not war stets die Geburtsstunde neuen Lebens. Wer will die Ar-
beiter hindern, sich zu einigen, wenn sie sich selbst einigen wollen?

Der Ruf nach Einigung kommt in der Gewerkschaftspresse immer stürmischer
zum Ausdruck. In der "Metallarbeiter-Zeitung", dem Organ des freigewerkschaft-
lichen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, und im "Regulator", der Wochen-
schrift des Hirsch Dunckerschen Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter, ist
die Debatte über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung schon länger in Gang.
Nun hat auch der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in
die Debatte eingegriffen. Theodor Leipart selbst nimmt in der soeben erschie-
nenen neuesten Nummer der "Gewerkschaftszeitung" in einem bedeutsamen Artikel
zu dem Ruf nach Einheit Stellung.

Er beschäftigt sich ausführlich mit den vom "Regulator" skizzierten Be-
dingungen für eine Vereinigung der drei grossen deutschen Gewerkschaftsrich-
tungen. Diese Bedingungen besagen in ihrem Kern, die Mitgliedschaft der Ge-
werkschaft dürfe nicht auch zur Mitgliedschaft zu bestimmten Parteien verpflich-
ten. Dass die Gewerkschaften mit den Parteien arbeiten, die ihnen vermöge Pro-
gramm und Zusammensetzung nahestehen, sei ja in jahrzehntelanger Übung all-
gemein klargestellt und anerkannt, aber es gebe doch auch für jeden einzelnen
ein Recht zur Meinungsfreiheit, und dies müsse gesichert sein. Schärfer noch
gelte diese Frage für religiöse Meinungsfreiheit. Wenn auch vielleicht die Ein-
igung aller Arbeiter auf eine gemeinsame Organisation nur erst allmählich
und schrittweise erfolgen könne, so würde jede Entscheidung leichter sein, wenn
die religiöse und kulturpolitische Meinungsfreiheit für alle Mitglieder ganz
sichergestellt werde. Schliesslich müsse die Gewerkschaftsbewegung einen ent-
schlossenen Kampf gegen die kommunistisch-bolschewistische Revolutionstreib-
rei und gegen ein klassenkämpferisches, reaktionäres Unternehmertum führen.

Darauf antwortet Leipart mit grosser Freimütigkeit. Oberstes Gebot für
die Gewerkschaften - so führt er im wesentlichen aus - ist von vornherein, dass
ihre Tore offen stehen für alle, die ihrer sozialen Stellung gemäss in ihre
Reihen gehören, ohne Unterschied und unbeschadet der politischen Meinung und
des religiösen Bekenntnisses des einzelnen; denn nur in der Grösse der Zahl
und in der Einmütigkeit des Willens der Arbeiter liegt die Gewähr für die Er-
reichung des Zweckes der Gewerkschaften. Seit Jahrzehnten besteht für das Recht
zur Meinungsfreiheit in politischen Dingen innerhalb der Gewerkschaften keine
Einschränkung mehr. Ausser der einen, dass die Mitglieder es sich versagen müs-
sen, als Abgesandte einer politischen Partei aufzutreten mit der Absicht, die

gewerkschaftliche Organisation dem Willen ihrer Partei zu unterwerfen, sie zu einem Mittel für den Zweck ihrer Partei herabzudrücken. Ein derartiges Verhalten nötigte die Gewerkschaften gelegentlich, kommunistische Mitglieder auszuschliessen, aber die Freiheit der Entscheidung des einzelnen Mitgliedes für die eine oder andere Partei wird auch von diesen Ausschlüssen nicht berührt. Dass die Gewerkschaften in diesen hier gekennzeichneten Grenzen mit den Parteien arbeiten, die ihnen vermöge Programm und Zusammensetzung nahestehen, bezeichnet im Übrigen der "Regulator" selbst als "in jahrzehntelanger Übung allgemein klargestellt und anerkannt".

Die religiöse Glaubensfreiheit des Mitgliedes muss gegen jeden Zweifel sichergestellt sein. Wir haben keinen Grund innerhalb der Gewerkschaften zwischen uns und anderen Arbeitskollegen wegen ihres Glaubens einen Trennungsstrich zu ziehen. Nur muss Glaubensfreiheit einhergehen mit religiöser Duldsamkeit. Ergreift die Kirche Partei, so wird sie als Partei gewertet. Aber so wenig wie Meinungskundgebungen der Gewerkschaften zu Auffassungen und Entscheidungen politischer Parteien die politische Meinungsfreiheit des einzelnen Mitgliedes binden, so wenig darf selbst ein kritisches Wort gegen die eine oder andere Aeusserung der konfessionellen Gemeinschaften und ihrer Diener eine Verkünderung der kirchlichen Lehren und der religiösen Ueberzeugung einzelner Mitglieder enthalten.

Die Stellung der Gewerkschaften zum gegenwärtigen Staat", betont Leipart, "ist aus schwerwiegenden Gründen durchaus positiv. Aber nicht nur das. Sondern die Gleichheit der Stellung der Gewerkschaften aller Richtungen im System der modernen kollektiven Arbeitsverfassung, die das Fundament ihres positiven Verhältnisses zum Staatswesen bildet, hat auch die Unterschiede zwischen ihnen abermals verringert und die Voraussetzungen für ihre Einheit verbessert. Und aus der Gleichheit des Interesses der Gewerkschaften an der Erhaltung ihrer Position im Staatswesen ergibt sich nun für die Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung die Pflicht zum entschlossenen Kampf gegen alle Gefahren, die dem demokratisch-republikanischen Staate und den Rechten der Arbeiterschaft drohen, mögen diese Gefahren nun von "kommunistisch-bolschewistischer Revolutionstreiberei" oder von anders gearteten offenen oder getarnten Umsturzbestrebungen ausgehen."

Leipart geht noch einen Schritt weiter als der "Regulator" und wirft die Frage auf, ob es nicht möglich sei, von der übereinstimmenden positiven Haltung der Gewerkschaften zum Staat fortzuschreiten zu einer positiven Haltung zu den Parteien, die - gleich den Gewerkschaften und aus ähnlichen Gründen wie sie - die Republik und ihre gegenwärtige Verfassung bejahen? Müsse nicht das taktische Zusammenwirken mit allen diesen Parteien die Konsequenz der parteipolitischen Duldsamkeit gegenüber den Mitgliedern innerhalb einer geeinten Gewerkschaftsbewegung sein? Wenn man diese Fragen leidenschaftslos und ohne Voreingenommenheit prüfe, komme man zu dem Schluss, dass eine Vereinigung der Gewerkschaften völlig neue Perspektiven für die Befestigung des republikanischen Staatswesens durch die Bildung eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Machtblocks darböte. Das erscheine aber nur als ein Grund mehr, die Frage der Einheit als "eine ernste, Erfüllung heischende Aufgabe unserer Tage" zu behandeln.

SPD. Der Einheitsverband der Eisenbahner hat durch seinen Beamtenausschuss mit schärfstem Nachdruck bei der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft gegen die geplante neue Gehaltskürzung Protest erhoben. Die Protestentschliessung besagt: Eine neue Gehaltskürzung werfe die Reichsbahnbeamten unter das Einkommen zurück, das sie 1926 erhalten hätten und das in wiederholten Regierungserklärungen als unzureichend anerkannt worden sei. Beim grössten Teil der Reichsbahnbeamten sei die Gehaltsaufbesserung vom 1. Oktober 1927 schon

durch die bisherigen Kürzungen nahezu restlos beseitigt; in manchen Fällen bezögen die Beamten bereits ein geringeres Einkommen als vor der Besoldungserhöhung, vor allem gelte das für die Beamten des ehemals besetzten Gebietes im Westen. Die Besoldungsausgaben der Reichsbahn lägen heute bereits unter den Besoldungsaufwendungen des Jahres 1926. Eine neue Schwächung der Massenkaukraft verschärfe nur die Schrumpfung des Binnenmarktes und damit auch die Finanzschwierigkeiten der Reichsbahn.

Unter Hinweis auf die starke dienstliche Beanspruchung, die besondere Verantwortlichkeit und das Gefahrenmoment im Eisenbahndienst fordert der Beamtenausschuss, dass die im Reichsbahngesetz vorgeschriebene rechtliche und soziale Gleichstellung der Reichsbahnbeamten mit den Reichsbeamten endlich durchgeführt und die jetzige Schlechterstellung in den Rechts-, Besoldungs- und Urlaubsverhältnissen sowie im Anstellungs- und Beförderungswesen beseitigt werden. Die Ausnahmebehandlung der Reichsbahnbeamten in der Arbeitszeitregelung sei ebenfalls nicht mehr zu rechtfertigen. Die starke Arbeitslosigkeit fordere gebieterisch, dass die Reichsbahn als grösstes deutsches Staatsunternehmen endlich die weit über 48 Stunden hinausgehenden Dienstzeiten kürze.

SPD. Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen einschliesslich der Beamtenverbände haben in einer neuen Besprechung zu der von Tag zu Tag sich verschärfenden Notlage der Volksmassen, vor allem der Millionen Arbeitslosen, Stellung genommen. Sie waren sich vollkommen darin einig, dass die Arbeitsbeschaffung und die Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozess nach wie vor das dringendste Gebot der Stunde ist. Ebenso forderten sie von neuem Schutz der Kaufkraft der Volksmassen und Aufrechterhaltung des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer.

Eingehend befasste sich die Besprechung mit dem würdelosen Bruderkrieg, in dem weite Kreise des deutschen Volkes sich gegenwärtig zerfleischen. Auch beschäftigten sich die Spitzenvertreter mit dem bevorstehenden Zusammentritt des Sonderausschusses zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Basel. Sie beschlossen, sich mit einer gemeinsamen Kundgebung an die Öffentlichkeit zu wenden.

SPD. Zu den Notverordnungsplänen gehört auch die Beseitigung des Nachtbackverbots. Man will die Nachtarbeit in allen Betrieben mit neun und mehr beschäftigten Personen freigeben. Personen unter 18 Jahren sollen in den Nachtstunden nicht beschäftigt werden. Bei Nachtarbeit soll nur Grossbrot mit einem Mindestgewicht von 250 Gramm hergestellt werden. Die Spanne zwischen einem Quantum von $\frac{7}{8}$ Kilo Mehl und dem daraus hergestellten Brot dürfe 13 Pfennige betragen. Für die Freigabe der Nachtarbeit kämen nur Betriebe in Frage, die in Städten von mehr als 100 000 Einwohner liegen oder in der Hauptsache nach solchen Städten liefern.

Bei den dieser Tage im Reichswirtschaftsministerium stattgefundenen Besprechungen erklärten sich die Arbeiter- und die Unternervertreter aus den Bäckermeisterinnungen einmütig gegen die geplante Beseitigung des Nachtbackverbots. Sie betonten, dass dadurch niemals eine Preissenkung für Brot erreicht werde, zumal Nachtarbeit einen Lohnaufschlag erfordere.

Das Organ des Brotfabrikantenverbandes nimmt ebenfalls gegen den Plan der Regierung Stellung.

SPD. Die Spinnerei und Weberei Hermann Baldur in Friedrichstal bei Gummersbach, die hauptsächlich für England arbeitet, stellt am 7. Dezember mit Genehmigung der Gewerbeaufsichtsbehörde ihren Betrieb ein. In Friedrichstal werden 600 und in Gladbach-Rheydt 300 Arbeitskräfte erwerbslos. Die Betriebseinstellung wurde durch die englischen Schutzzollmassnahmen verursacht.

Für die rheinische Seidenindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach sich die Löhne ab 11. Dezember um 4,5 bis 5 % ermässigen. Die Neuregelung soll erstmalig am 12. Februar gekündigt werden können.

SPD. In Schlesien haben die Unternehmer zum 31. Dezember weitere Lohnkündigungen ausgesprochen, so u.a. für die Kalk-, Beton-, und Chemische Industrie sowie für die Steinzeugindustrie im Muskauer Gebiet. Von diesen Massnahmen werden rund 9 000 Arbeiter betroffen. - Für die feuerfeste Industrie Schlesiens (2000 Beschäftigte) wurde eine neue tarifliche Vereinbarung getroffen, wodurch der Stundenlohn eine Kürzung um 4 Pfennig erfährt. - Der Lohnkonflikt in der papierzeugenden Industrie ist durch Schiedsspruch beigelegt. Die Löhne der Arbeiter über 21 Jahren (insgesamt 13000 in Schlesien) werden mit sofortiger Wirkung um 6,5 v.H. gesenkt.

SPD. Der Zechenverband hat den Angestelltergewerkschaften des Ruhrbergbaues mitgeteilt, dass er trotz der Kündigung der Gehaltstarife zum 1. Dezember die bisherigen Gehälter bis zum 31. Dezember unverändert weiter zahlen werde.

SPD. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat den Lohntarif, dessen Geltung kurzfristig bis zum 13. Dezember verlängert worden war, wieder gekündigt. Forderungen hat er noch nicht angemeldet. Dass er sich in der Zwischenzeit eines Besseren besonnen hat, ist kaum anzunehmen.

Bis zum 13. Dezember ist die neue Notverordnung in Kraft. Von ihr hängt es ab, welcher Kurs in der Lohnpolitik weiter gesteuert wird.

SPD. Die Betriebszellenorganisation der NSDAP-Ortsleitung Stendal hat an alle nationalsozialistischen Arbeitgeber ihres Bezirks ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie für Arbeitsvermittlungsterror Propaganda macht. "Unsere Bewegung", so heisst es in dem Rundschreiben - "ist geboren aus der wirtschaftlichen, politischen und seelischen Not aller Glieder des deutschen Volkes. Weil wir nun aus dieser Not-Gemeinschaft eine Gemeinschaft der Tat werden lassen wollen, bitten wir alle nationalsozialistischen Arbeitgeber, 1. nur Mitglieder der Betriebszellenorganisation einzustellen, 2. offene Stellen uns aufzugeben, 3. unsere Betriebszellen im eigenen Unternehmen zu fördern."

Die Mission Hitlers besteht also darin, dass jeder, der nicht nach der Pfeife der Nazis und der Unternehmer tanzt, den Brotkorb höher gehängt bekommt.



Reich und Banken.

Bankenblock soll "eiserne Ketten" brechen.

SPD. Es geht ein Gemunkel und ein Geraune durch das Berliner Bankviertel, ein Flüstern und Tuscheln, ähnlich, wie wir das vor dem grossen Krach im verflorbenen Sommer erlebt haben, als sich die Bankschalter plötzlich schlossen. Mit einer solchen Ueberraschung ist jetzt allem menschlichen Ermessen nach wohl nicht zu rechnen. Der von der Regierung eingesetzte Bankkommissar hat noch vor kurzem eine Aeusserung getan, wonach ihm nach eingehender Prüfung kein neuer Skandalfall mehr vorliege, Damit ist nicht gesagt, dass nicht doch eines Tages eine neue Eiterbeule aufbricht. Es ist kein übertriebener Pessimismus, wenn man eine entsprechende Frage eher mit ja als mit nein beantwortet.

Immerhin handelt es sich diesesmal um etwas anderes. Damals, im Sommer 1931, musste das Reich eingreifen und Garantien für die Einlagen der Sparer übernehmen. Das war seine volkswirtschaftliche Pflicht, um den drohenden Run, um den völligen Zusammenbruch zu vermeiden. Die Entwicklung hat dem Reich Recht gegeben. Aber die Regierung musste sich auch einen Einblick darüber verschaffen, wie es um die Banken steht, für die sie garantiert. Sie musste Einfluss nehmen. Leider hat sie das nur sehr bescheiden und viel zu wenig getan. Jetzt spricht man von dieser Bescheidenheit als von "eisernen Ketten", die man den Banken angelegt hat. Es geht jetzt darum, diese "Ketten zu brechen". Schon im Wirtschaftsbeirat hat man ein Plänchen dieser Art vorgebracht, das eine Dezentralisation der beiden in Frage kommenden Grossbanken, der Dresdener und der Danatbank, vorsah. Angeblich, um diese Kreditinstrumente den Bedürfnissen der einzelnen Wirtschaftsgebiete anzupassen. Ganz entgegen der Tatsache, dass diese zentralen Institute die Funktion haben, einen Geldausgleich im ganzen Reich durchzuführen und deshalb nicht von der Reichsbasis abgedrängt werden können und dürfen. In Wirklichkeit hat es sich darum gehandelt, die Kontrolle des Reiches los zu werden. Bei diesen Plänen steht man noch immer. Wenn das Reich Neigung zeigen sollte, auf diese Pläne einzugehen, dann muss man ihm zugute halten, dass die übernommenen Garantien auf die Dauer nicht tragbar sind. Schon des Risikos wegen muss hier in irgend einer Art Klarheit geschaffen werden.

Dass man dabei nicht von den Grossbanken auszugehen hat, sondern von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, ist für uns selbstverständlich. Wenn das Reich den Banken "eiserne Ketten" angelegt hat, dann hatte das Reich schon Ursache dafür. Es waren nicht nur Rücksichten gegenüber den Sparern, die das notwendig machten, sondern die Pflicht, endlich zu einer Bereinigung im Bankwesen zu kommen. Es hat sich in den Konjunkturjahren hier etwas herangebildet, wogegen der bekannte Augiasstall noch eine saubere Sache ist. Das dürfte wohl der Favagprozess, der wohl in Frankfurt/Main ewig zur Verhandlung stehen wird, zeigen. Aber auch der Fall Schultheiss - Danat - Commerzbank. Was soll man sagen, wenn ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutschen Bank im Favagprozess vor Gericht erklären musste, dass auch Direktoren der Deutschen Bank in Haussezeiten vorübergehend ins Debet der eigenen Bank gerieten. Man erhält einen Eindruck, wie diese Hausseperioden ausgebeutet worden sind. Zuguterletzt, wie man dabei den Sparern - wir erinnern an den schwarzen Freitag unter Schachts

glorreicher Führung und an die letzte grössere Hausse im Frühjahr 1931 - den letzten Pfennig aus der Tasche holte. Von all diesen Dingen sprechen die Leute nicht, die so gern von den "eisernen Ketten" reden.

Wo bleibt aber - und das ist die grosse Frage - der Mut zur Bereinigung? Für die Börse hat man z.B. zum ersten Mal Liquidationskurse festgestellt. Man will damit endlich die alten Engagements an der Börse beseitigen, die Börse bereinigen, sie wieder in den Dienst der Volkswirtschaft stellen. Man kann verstehen, dass man, so lange die Börse geschlossen ist, die Veröffentlichung von Kursen verbietet, die nichts weiter als Schwarzkurse sind. Die man macht, wie sich gerade die Gelegenheit bietet. Die mehr oder weniger jenseits der Grenze des realen Geschäftes entstehen. Die von den Aufsichtsorganen festgestellten Liquidationskurse geben schliesslich nichts anderes als Schwarzkurse wieder. Immerhin hat man damit den Mut gefunden, den Schleier zu zerreißen, der bis jetzt die tatsächlichen Verluste der Aktienbesitzer verdeckte. Diese Verluste sind nun einmal eingetreten und nicht zu korrigieren. Der Liquidationskurs verzeichnet nur diese Tatsache. Damit ist Klarheit geschaffen. Weshalb hat aber der Staat nun die Publikation dieser Liquidationskurse unterbunden? Hat es an Mut gefehlt? Oder will man erst hinter verschlossenen Türen die sich daraus ergebende Bereinigung bei den Banken vollziehen, um dann die "Ketten", die die Banken umschlingen, zu lockern?

Darüber muss man sich klar sein, was aus den verschiedenen Bankprojekten hervorspringen wird, wird nichts anderes sein als ein neuer grosser Bankenblock. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob man die Commerz- und Privatbank mit der Dresdner zusammenwirft, ob man die Danat einbezieht oder ob man das Genossenschaftsgeschäft von der Dresdner Bank abtrennen und irgend einem der staatlichen Institute, sei es der Reichskreditgesellschaft oder der Preussenkasse, zuschlagen wird. Alles das ist noch umstritten. Konkreter sehen schon die Pläne aus, wonach man die dann leerstehenden Bankpaläste und die sonstigen Immobilien der zu fusionierenden Banken in eine Holdingsgesellschaft einbringen will, über die dem Reich schärfste Kontrolle zustehen soll und die eine allmähliche Ablösung der vom Reich übernommenen Verpflichtungen durchzuführen hat.

Volkswirtschaftlich ist mit diesen Plänen wenig gewonnen. Ob aus zwei Banken eine geworden ist, mag privatwirtschaftlich von grosser Bedeutung sein, volkswirtschaftliche Bedeutung hat eine derartige Fusion nicht. Volkswirtschaftliche Bedeutung erlangen die Projekte erst durch eine hinreichende Bankenkontrolle, deren Notwendigkeit die Ereignisse des Jahres 1931 wohl durchschlagend dargetan haben. Hier aber versagt das Reich.

SPD. Auf der Tagung des Industrie- und Handelstages, der Spitzenorganisation der Handelskammern, gab es am Freitag eine Währungsdebatte und zwar trug der rheinische Braunkohlenindustrielle Dr. Silverberg nochmals Projekte der Ausweitung des Reichsbankkredits, also Projekte einer Kreditinflation, bei gleichzeitiger Diskontsenkung vor, die bereits im Wirtschaftsbeirat zur Debatte standen und von denen man hätte annehmen sollen, dass sie nach der Behandlung im Wirtschaftsbeirat endgültig erledigt wären. Silverberg, der u.a. eine Verringerung der Habenzinsen fordert, um die Verhältnisse auf dem Gebiet des langfristigen Kredits zu stärken, gab in Übereinstimmung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, zu, dass man durch einen niedrigen Zins allein die Wirtschaft nicht ankurbeln könne. Das haben die Zinssenkungen in Deutschland und Amerika bewiesen. Aber aus Deutschland seien, so führte Silverberg aus, 5 Milliarden Mark an Devisen abgezogen worden und rund 1 Milliarde Mark würde in Deutschland gehamstert. Das wäre die innere Berechtigung für eine Ausweitung des Reichsbankkredits und eine Vermehrung des Geldumlaufs.

Wir sind der Auffassung, dass man den Reichsbankkredit vermehrt zur Finanzierung von Arbeitsprogrammen heranziehen kann. Aber nur, soweit eine Heranziehung die Wahrung unberührt lässt und sie nicht verschlechtert. Die von Silverberg verlangte Ausweitung des Reichsbankkredits um Milliarden ist Kreditinflation und muss zur Inflation führen. Deshalb neigen wir dem Standpunkt des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther zu, der am Freitag ausführte, dass die Frage der Wirtschaftsankurbelung auch von dem Standpunkt zu betrachten sei, dass gegenwärtig etwa 600 Millionen Mark Kreditzusagen des Auslandes nicht ausgenutzt werden. Die Zinshöhe sei dabei nicht der ausschlaggebende Grund, sondern das Primäre wären immer die psychologischen Voraussetzungen des Wiederauflebens der Wirtschaft, also das Vertrauen, praktisch gesprochen, die Aufträge.

Dem, was Dr. Luther am Freitag ausführte, fügen wir hinzu, dass Vertrauen in die Wirtschaft nur dann entstehen kann, wenn die natürlichen Voraussetzungen für Aufträge vorhanden sind, nämlich ein hinreichender Konsum. Das bedingt aber eine systematische Aufforderung der Kaufkraft, Beendigung der unsinnigen Pa-
role des Lohnabbaus.

+ + +

Im übrigen verwies der Industrie- und Handelstag auf die Gefahren, die aus der Ostverordnung sich für das Kreditwesen und das Wirtschaftsleben in Ostdeutschland ergäben. Man verlangte, dass gemäss den Beschlüssen des Reichstagsausschusses wenigstens die unentbehrlichsten Massnahmen zur Abwendung vermeidbarer Schädigungen der Gläubiger, insbesondere der gewerblichen Wirtschaft, eingebaut würden. Mit stärkstem Nachdruck wurde davor gewarnt, ähnliche Massnahmen für andere Teile des Reiches zu treffen, da sie grundlegende Rechtsgriffe und Rechtsvorstellungen und damit auch die Wirtschaft zerstören müssten.

+ + +

Der Präsident der Mannheimer Handelskammer, Fabrikant Vögele, führte in einem Vortrag über die handelspolitische Lage aus, dass Deutschland für Staaten, mit denen es kein Vertragsverhältnis habe, einen Obertarif schaffen müsse. Vögele lehnt aber eine allgemeine Erhöhung des Zolltarifs ausdrücklich ab. Die Einpressung der Ausfuhr in staatliche Kontingente sei abzulehnen.

SPD. Als vor 1½ Jahren die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch unterbunden wurde, versprach Reichsernährungsminister Schiele, für einen ausreichenden Ersatz durch eine Verbilligungsaktion für frisches Fleisch zu sorgen. Trotz andauernden Drängens der Sozialdemokratie wurde dieses feierlich gegebene Versprechen nicht eingelöst. Durch die sozialdemokratischen Anträge zur Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung wurde in den letzten Wochen die Frage der Fleischverbilligung wieder neu aufgerollt. Die Reichsregierung liess im Haushaltsausschuss des Reichstags ein neues Versprechen abgeben, für drei Monate Mittel zur Verfügung zu stellen, um für alle Erwerbslosen eine Verbilligung des Fleischkonsums durchzuführen.

Nachdem in den letzten Tagen im Reichsernährungsministerium und Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattgefunden haben, in denen auch die Länderregierungen beteiligt waren, sind jetzt Richtlinien für die Verbilligung von frischem Rind- oder Schweinefleisch aufgestellt worden. Nach diesen soll zunächst auf die Dauer von 10 Wochen eine Verbilligung um 30 Pfennige für wöchentlich ein Pfund frisches Rind- oder Schweinefleisch in allen durch Aushang gekennzeichneten Verkaufsstellen erfolgen. Zur Teilnahme an der Fleischverbilligung sind sämtliche Hauptunterstützte der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge, der Wohlfahrtsfürsorge, wie der gehobenen und allgemeinen Fürsorge, soweit sie Zuschlagsempfänger aufweisen oder einen eigenen Hausstand haben, berechtigt. Die Verbilligung erfolgt aufgrund eines unübertragbaren

Gutscheins, dessen Abschnitt mit dem Aufdruck des Stempels des zuständigen Fürsorgeverbandes versehen sein muss.

Endlich ist es also gelungen, die Reichsregierung zu einer Hilfsaktion für den notleidenden Teil der Bevölkerung zu bewegen. Wenn auch diese Verbilligungsaktion keinen ausreichenden Ersatz für den Fortfall des billigen und dabei doch hochwertigen Gefrierfleisches bedeutet, so kann sie doch als eine nicht unwesentliche Hilfe für die Arbeitslosen betrachtet werden, deren Frischfleischkonsum trotz der gesunkenen Fleischpreise in den letzten Monaten immer mehr zurückgegangen ist.

SPD. Ueber die Verbilligungsscheine für Frischfleisch wird von zuständiger Stelle u. a. folgendes mitgeteilt: Die Gutscheine lauten auf 30 Pfennige und gelten für Rind- und Schweinefleisch. Jeder Arbeitslose kann pro Woche ein Pfund Fleisch kaufen, das durch den Gutschein um 30 Pfennige unter den Tagespreis verbilligt wird. Für die Ausgabe kommen nur Fleischverkaufsstellen in Frage, also Fleischereigeschäfte, Konsumvereine und Warenhäuser. Die Entscheidung liegt bei den Bezirksfürsorgeverbänden, die die Berechtigung zum Aushang des verbilligten Fleischverkaufs erteilen. Die Gutscheine bzw. deren Teilabschnitte werden monatlich vollzeitig von den Kassen, die der Bezirksfürsorgeverband benennt, den Verkäufern des verbilligten Fleisches rückvergütet.

SPD. Vor einiger Zeit war in dem Zentralorgan der Nationalsozialistischen Partei, an hervorragender Stelle ein Artikel über die Zinsfrage zu lesen. Der Inhalt des Artikels war ausgemachter Blödsinn und der "Deutsche Volkswirt", dem man gewiss nicht absprechen kann, dass er etwas von den Dingen versteht, bescheinigte das dem Nazi-Organ.

Nach dem normalen Verlauf, den solche Kundgebungen im "Völkischen Beobachter" nehmen, hätte die Sache damit abgetan sein können. In diesem Falle kam es aber anders. Der Verfasser des Artikels, ein gewisser Meier, schrieb an den "Deutschen Volkswirt" einen Brief, in dem er ausführte, dass der von ihm zerplückte Artikel sein erster Versuch gewesen sei, die Zinsfrage darzustellen. Dem fügt er zu, "dass er selten nationalökonomische Bücher lese und noch seltener verstehe". Aber er habe sich zu helfen gewusst. Redewendungen in dem Artikel habe er Ausführungen der "Frankfurter Zeitung" entnommen, die von dem bekannten Nationalökonom Adolf Weber stammen.

Eine Durchsicht des Artikels Webers zeigt nun, dass die von Meier expropitierten Redewendungen einfach sinnlos und ohne Zusammenhang den Ausführungen Adolf Webers entnommen worden sind. Offenbar hat Meier den Artikel von Weber ebenso wenig verstanden wie die übrige nationalökonomische Literatur. Das sind aber die volkswirtschaftlichen Weisheiten im "Völkischen Beobachter" und mit diesem Dreh verdreht man den Leuten im Lande den Kopf. Wir müssen schon sagen, dass wir selten etwas Gewissenloseres noch nicht erlebt haben.

SPD. Der Güterverkehr bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Monat Oktober hat sich gegenüber dem Vormonat gebessert. Die tägliche Wagenstellung erhöhte sich um 6,3 Prozent. Sie liegt aber um 11,4 Prozent unter dem Stand vom Oktober 1930 und sogar um 25 Prozent unter dem Stand vom Oktober 1929. Der Personenverkehr hat abgenommen. Die Einnahmen werden mit 335,75 Millionen Mark angegeben, die Ausgaben mit 407,21 Millionen Mark. Der Personalbestand

erhöhte sich von 674 958 Köpfen (darunter 52738 Zeit- und Aushilfsarbeiter) im September auf 675 681 Köpfe (darunter 55 717 Zeit- und Aushilfsarbeiter) im Oktober.

SPD. Das Deutsche Kalisyndikat teilt mit: "Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kaliwerke im November 1931 betragen 385 219 dz Reinkali. Die Abladungen in den ersten sieben Monaten (Mai bis November 1931) des laufenden Düngejahres betragen 4 132 460 dz Reinkali.

SPD. Die Lage auf den Realkreditmärkten hat sich im Oktober weiter verschlechtert. Im Oktober ist abermals, zum ersten Male im Juli 1931, ein Rückgang im Umlauf von Pfandbriefen und Kommunalobligationen eingetreten. Der Bruttoumlauf an Pfandbriefen betrug im Oktober nur 19,92 Millionen Mark gegenüber 49 Millionen Mark im Vormonat und an Kommunalobligationen 730 000 Mark gegenüber 3,28 Millionen Mark. Der Umlauf verminderte sich bei den Pfandbriefen im Inlande von 6 331,87 Millionen Mark auf 6 931,64 Millionen Mark, im Auslande von 959,97 Millionen Mark auf 947,21 Millionen Mark und bei den Kommunalobligationen von 2 039,02 Millionen Mark auf 2 036,45 Millionen Mark im Inlande und von 207,47 Millionen Mark auf 206,69 Millionen Mark im Auslande.

SPD. Es gab mal eine Zeit in Deutschland, wo man auch aus dem Scheuertuchlappen einen Trust und ein Monopol machen wollte. Dieser Versuch blieb der Union-Ostsächsische Textilwerke A.-G. in Kirschau (Lausitz) vorbehalten. In der sächsischen Oberlausitz sitzen ungefähr 90 Prozent der deutschen Baumwollabfallindustrie. Hier schlossen sich 1928 einige Einzelfirmen zur Union-Ostsächsische Textilwerke A.-G. zusammen. Das Unternehmen sollte die Dachgesellschaft für den Scheuertuchtrust sein. Bald zeigten sich aber Aussenseiter. Nach kurzem Bestehen mussten die Gläubiger sich bereit erklären, 70 Prozent ihrer Forderungen nachzulassen. Trotzdem gab es keine Rettung. Die Union hat jetzt liquidiert und damit ist der Scheuertuchtrust erledigt.

SPD. In der Generalversammlung der "Nordsee" (Deutsche Hochseefischerei A.G. Bremen-Cuxhaven), die an dem Versuch erkrankt ist, die deutsche Hochseefischerei zu monopolisieren, wurde bekannt, dass der bisherige Generaldirektor Wriedt zurückgetreten ist. Man schiebt die Schuld für die verunglückten Monopolisierungsexperimente, die starke Abschreibungen notwendig machten, dem zurückgetretenen Generaldirektor zu.

In der Generalversammlung wurde darüber geklagt, dass sich die sinkende Kaufkraft auf den Fischmärkten immer mehr bemerkbar mache. Trotzdem hält man an der alten Übung fest, Fische, für die man nicht die festgesetzten Preise erhält, einfach zu Fischmehl zu verarbeiten, obwohl man dabei ungeheure Verluste einstecken muss. Man käme billiger weg, wenn man der Bevölkerung die Fänge billiger zuleiten würde.

Schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Dez.)

SPD. An der Berliner ^Froduktenbörse herrschte am Freitag bei sehr ruhigem Geschäft schwache Stimmung. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen zwar für Weizen und Roggen zumeist etwas höher, jedoch trat im Verlaufe der Börse eine Abschwächung ein, sodass zum Schluss Weizen $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark und Roggen etwa $\frac{1}{2}$ Mark niedriger notiert wurden. Im Handel mit prompter Ware ist das Angebot wieder etwas geringer geworden, reichte jedoch bei der vollkommen mangelnden Kauflust des Handels und der Mühlen aus. Die Umsätze hielten sich auch hier in allerengsten Grenzen, weshalb sich für Weizen Abschwächungen von etwa 1 Mark ergaben, während Roggen unverändert notiert wurde. Im Mehlgeschäft zeigte sich keinerlei Bewegung. Die Forderungen für Roggenmehl lauteten unverändert, während Weizenmehl zu etwas entgegenkommenderen Preisen angeboten wurde. Hafer hatte gleichfalls stilles Geschäft. Die Preise zeigten wenig Veränderung.

	3. Dez.	4. Dez.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	218 - 220	217 - 219
Roggen	195 - 198	195 - 198
Braugerste	160 - 170	158 - 168
Futter- und Industrierogerste	155 - 159	153 - 157
Hafer	140 - 145	138 - 145
Weizenmehl	28,00 - 32,00	27,75 - 32,00
Roggenmehl	27,15 - 29,00	27,00 - 29,00
Weizenkleie	9,90 - 10,25	9,90 - 10,25
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,25 - 10,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $232\frac{1}{2}$ - 231 (Vortag $232\frac{1}{2}$), März $240\frac{1}{2}$ - $239\frac{1}{2}$ ($240\frac{1}{2}$). Roggen Dezember 203 - 202 ($202\frac{1}{2}$), März 211 - 210 ($210\frac{1}{2}$), Hafer Dezember 158 - 156 ($158\frac{1}{2}$), März $165\frac{1}{2}$ - 163 (166).

Berliner Viehmarkt.

(4. Dezember 31)

SPD. Die drei Märkte, auf denen die Preisbewegungen auf den letzten Märkten immer schon gleichgerichtet waren, der Schweine- der Hammel- und der Kälbermarkt, zeigten auch am Freitag ein einheitliches Zurückgehen der Preise. Besonders am Hammelmarkt war aufgrund der letzten Preissteigerung das Angebot ziemlich reichlich ausgefallen. Wie auf dem Schweinemarkt war aber der Handel ruhig. Auf dem Kälbermarkt ging es sehr schleppend zu. Der Rindermarkt hatte teilweise besseres Aussehen, weil das Angebot in verschiedenen Klassen knapper gehalten war.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 44 - 45 (45). c) (200-240 Pfd.) 41-44 (42-44), d) (160-200 Pfd.) 38-41 (38-41), e) (120-160 Pfd.) 35-38 (35-38). Sauen 38-40 (38-40). Schafe: a) 37-39 (40-42) d) 33-36 (36-39), c) 28-32 (30-34) d) 18 - 23 (20-25). Kälber: b) 46 - 55 (50-60), c) 28-45 (30-48), d) 18-26 (20-28). Kühe: a) 26-29 (25-27), b) 20-25 (19-24). c) 16-19 (15-18), d) 11-15 (11-14).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 4. Dezember 1931.

Der Herrgottschnitzer.^x

SPD. Wie der kleine Fluss, der irgendwo am Rande der Alpen entspringt, seinen Weg ins Tal gefunden hat, so vollzog sich seinem Stromlauf entgegen der Vorstoss menschlicher Siedlung. Und wo sich in seinem Verlauf ein Knick, eine seeartige Bauchung bildet, wo vom Hang ein Nebenflüsschen mündet oder ein Pass sich in die Mauer der Gebirgsketten eindrückt, da sitzt, wie an den Hang geklebt oder auf einen grünen Teppich gestellt, jedesmal ein Städtchen, ein Dorf. Am Beginn des Tals aber, nahe der Quelle, dort, wo für das Tal die Welt aufhört, da brandet gewissermassen der bergauf fliessende Zustrom der Fremden an den Klippen des hochragenden Bergmassivs, an dessen Wänden ein namhafter Kurort lehnt. Die Fremden hätscheln und pflegen die alte, idyllische Eigenart der Einheimischen. Je grösser der Abstand von jenen in Sitten und Gebräuchen ist, um so erholbarer, sehenswürdiger für den Grosstädter, der die Romantik sucht. So ist dem Einheimischen alles, was er davon hat erhalten können ein Heiligtum, dessen Segnungen in Mark oder Dollar ausdrückbar sind, und das er darum nicht weniger als der Fremde pflegt und verteidigt.

Eine solche Eigenart ist das Herrgottschnitzen. Es hat sich zwar mittlerweile zu einer Industrie entwickelt, aber noch steht in fast jedem Haus die Schnitzbank, an der bereits Generationen ihre Kunst übten, und an der nun der Jüngste, sobald er aus der Schule kommt, an ersten Versuchen das selbstverständliche Talent entdeckt. Während bisher der Vater der Lehrer des Sohnes war sieht nun eine Schule den Nachwuchs und zieht ihn heran. Von dieser Schule kehren die meisten zurück an die wurmstichige, knarrende Schnitzbank des Vaters, erneuern einen Backen, seifen die Spindel und setzen sein Werk fort. Wenige wagen es, von Ruhm träumend, aus dem Tale, das vom Gebirge wie von hohen Mauern umstellt ist, auszubrechen. Denen geht dann das Tal, und sie gehen dem Tale für immer verloren.

Die Wochen der Hochsaison bringen fast immer etwas, worüber ein reger Meinungsaustausch entsteht: einen prominenten Gast, eine Liebesgeschichte, einen durchgebrannten Hochstapler. Aber nie so wie im letzten Sommer hatten sich alle betroffen gefühlt. Und wo sonst oft Neid und Schadenfreude mit im Spiele war, da herrschte diesmal vorbildliche Einmütigkeit.

Unter dem, was man den Fremden, die den kleinen Ort am See besuchten, bot, war auch eine alljährlich wechselnde Ausstellung der Schnitzerschule. Dort hatte auch Bechtle, der Bechtle aus dem Oberdorf, dessen Vater einst sehr schöne Kreuzigungen geschnitzt hatte, und dessen Bruder noch vom Rufe des Vaters lebte und in seinem Sinne schuf, - dieser Bechtle, der nach Berlin gegangen war, hatte unten in der Stadt seinen Christus ausgestellt.

"Haben's schon dan Christus g'sehn?"

"Dös soll an Christus sein? An Gottsläst' rung is' dös!"

Die Einwohner des Tales machten sich auf den Weg nach der Stadt. Von ganz oben kamen sie herunter. Trotz des schwachen Fremdenverkehrs überstieg die Besucherzahl der Ausstellung das Gewohnte um ein Dreifaches.

Da stand er nun, der geschlagene, dornengekrönte Christus, unter den Kreuzifixen, die wie eine Sportmannschaft, zur gymnastischen Übung angetreten, die Arme fein säuberlich seitwärts streckten, und denen das Marterholz dahinter eine angenehme Unterstüzung in dieser Dauerstellung zu sein schien.

Alles stand um Bechtles Werk herum. Von weitem ein summender Schwarm. "Dös mag schon sein," sagte ein Alter, den Kopf dabei schief haltend, "dass er nit mehr ganz egal wird ausgschaut haben, wann se ihn derart habn zuge-richt't, dass ihm aber dös Backe und de Nas zsammschwilt von einer Watschen-----", und kopfschüttelnd ging er weiter, immer noch von der Vorstellung einer Watschen mit derartiger Auswirkung beeindruckt und vom Zweifel darüber hin und her geworfen.

Die Stimmung steigerte sich zur Empörung. Bei der Mass Bier wurde erhitzt darüber diskutiert. Verschwörungen gruppierten sich. Die anstössige Gifur sollte verschwinden.

Unterdessen war der Bericht der kleinen Zeitung, aus dem die helle Ent-rüstung sprach, bis nach München gedrungen. Man war gerade daran, Bechtles Arbeit zu entfernen, da erschien ein Münchner Herr und darauf eine Münchner Kritik, in der die Figur als die einzige diskutabile Arbeit auf der Ausstellung bezeichnet wurde.

Die Herrgottschnitzer sahen sich mit langen Gesichtern an und hatten ein Gefühl, als ob sie sich einmal gründlich schütteln müssten. Wäre es noch möglich gewesen, damit die Empörung abzutun, dann wäre alles in Ordnung geblieben denn die Fremden waren zumeist der Münchner Meinung. Doch der Wegfall des eigentlichen Grundes zu einer ernstlichen Befürchtung schien die Erregung noch zu steigern.

"Dös hat'r von eim Affen abschaut!"

"So ein' Kunst ghört polizeilich verboten--, ghört beschlagnahmt und ver-brannt!"

Dornenkronenspitzen brachen. Die Figur fiel vom Sockel herunter. Man sah in den hohlen Baumstamm, aus dem sie gehauen war, wie in einen ausgenommenen Leib. Am Abend brannte drüben auf dem Felsen ein kurzes, klares Feuer mit wenig Rauch und vielen spritzenden Funken. Auch wer nicht dabei stand, wusste, was dort geschah.

Nur einer sah das Feuer nicht mehr verglimmen. Das war Bechtle. Die Räder unter ihm klopfen hastig gegen die Schienen. Ihm war, als schläge ein für kurze Zeit geteiltes rotes Meer hinter ihm zusammen. Ein Meer, das sich für ihn nie wieder teilen würde.

Sieg-Tschierschky.

Das Haus der dreitausend Uhren.^x

SPD. Die Stadt Wien, ehemals die "einzige" Kaiserstadt, heute Hauptstadt der Republik Österreich mit etwa zwei Millionen Einwohnern, besitzt neben den permanenten "Wiener" Filmen, neben dem Heurigen, dem Riesenrad des Praters und den "süssen Wiener Mädels" noch einige andere, ernsthaftere Spezialitäten, die nicht nur der Unterhaltung, sondern auch der Belehrung und dem Wissen dienen. Zu diesen gehört auch das "Uhrenmeseum der Stadt Wien", das einige tausend Uhren birgt und in dieser Art in keiner anderen Stadt zu finden ist. Hervorgegangen ist es, wie mir der Leiter Doktor Kaftan sagt, aus seiner privaten Sammlung, die dann durch andre Privatsammlungen und später, als sich die Gemeinde Wien für die Sache interessierte und auch das entzückende alte Häuschen "Am Schulhof" dafür zur Verfügung stellte, auch durch zahlreiche Ankäufe seltener Stücke und durch einzelne Stiftungen bereichert worden ist. Schon das Haus, in dem die seltenen Wunderwerke aufgehoben sind, ist mit seiner schmalen Wendeltreppe und seinen kleinen niedrigen Zimmern eine Rarität. Es steht zwar im Zentrum der Stadt, jedoch in einem verborgenen Winkel von Alt-Wien, der verhältnismässig geschützt ist gegen die Lebendigkeit des Grosstadtverkehrs. Denn jedes schwerere Auto oder jeder Wagen, der von Zeit zu Zeit durch die alten Gassen rumpelt, erschüttert das ganze Gebäude und beeinträchtigt den Mecha-

nismus und die Lebensdauer der alten Uhren, die, in drei Stockwerken verteilt, auf Regalen und Gestellen und Kästen ein regelrechtes Kulturdokument darstellen. Da sind im ersten Stock die gotischen Uhren (sogenannte "Waaguhren") des 16. Jahrhunderts mit nur einem Zeiger, wie überhaupt die Uhren früherer Jahrhunderte nur einen Zeiger hatten und so natürlich nur annähernd genaue Zeitangaben. Da sind japanische Uhren, Spindeluhren (um 1700) mit sehr schönen, handgemalten Heiligenbildern auf den geschnitzten Zifferblättern, friesische Uhren mit bunt verziertem Zifferblatt, die während des Aufziehens nicht stehen bleiben, sondern weiter gehen. Da sind schliesslich seltene und eigenartige Holzuhren, die zwar merkwürdigerweise nur bis 5 Uhr Morgens wecken, die aber nicht nur die vollen, sondern auch schon die halben und sogar die Viertelstunden schlagen. Eine grosse Seltenheit sind die Glasglockenspieluhren etwa 100 Jahre alte Schwarzwälder Arbeiten, die ganz aus Holz bestehen, jede Stunde schlagen und die Spieldosenmusik (etwa den Jägerchor aus dem "Freischütz") von einer horizontalen, zylinderförmigen Walze, die mit Stiften getrieben wird, auf sichtbar angebrachte gläserne Glocken übertragen, in denen ein Klöppel die Töne ordnet und formt. Einen Fortschritt bilden die Turmuhren (zum Teil noch ganz aus Holz). Einen weiteren Fortschritt bedeutet es, dass man etwa um 1800 für die Turmuhren zwei verschiedene Metalle (z.B. Messing und Eisen) verwendete, da bei zweierlei Metallen die Reibung unter den einzelnen Rädern geringer ist.

Unter den Standuhren aus dem Ende des 18. Jahrhunderts finden sich prächtige Ausführungen der Kästen, Zeiger, Zifferblätter - alles Handarbeit, unter ihnen eine besonders schöne holländische Uhr mit verschiedenen eingelegten Hölzern und eine Aposteluhr aus einem Budapester Kloster, bei der zu jeder Stunde ein anderer Apostel erscheint. Ein sehr mühevolleres, rund 130 Jahre altes Werk eines Pfarrers in Steiermark (der jede einzelne Schraube mit der Hand gefeilt hat!) ist eine grosse Standuhr mit einer Unmenge von Zifferblättern, die den Umlauf aller grossen Planeten zeigen.

Die Schwarzwälder Uhren, die wir in vollendeter Form (meist als "Kuckucksuhren") auch heute kennen, stellen schliesslich einen weiteren Fortschritt dar. Sie haben zwar noch Holzbestandteile, aber bereits Messingräder. Unter ihnen befinden sich einige sehr schöne, aber auch lustige Stücke, so die seltene "Schildwachuhr", bei der alle paar Minuten ein Soldat aus einem Schildwachenhäuschen heraus kommt und auf der anderen Seite in ein zweites verschwindet, und eine sogenannte "holzgespindelte" Uhr, über der ein fratzenhafter Kopf angebracht ist, der sich, wenn die Uhr schlägt, bewegt, den Unterkiefer und die Augen hebt und senkt und die Zunge herausstreckt. Weiter sieht man die Werkzeuge zur Uhrenfabrikation, die Drehbank, die Schneidemaschine für die Zähne an den Rädern; man sieht die einzelnen, blossgelegten Mechanismen der Werke und sieht, wie z.B. mit Hilfe zweier Blasebälge der "Kuckucksruf" an den Kuckucksuhren zustande kommt. Einen weiteren grossen Fortschritt bedeutet es schliesslich, als man so weit ist, dass man eine Uhr in drei Tagen fertig stellen kann. Der letzte "Hand-Uhrmacher" war der Karlsteiner Uhrmacher Leirer.

Im zweiten Stock des interessanten Hauses befindet sich das "Zimmer der hundert Uhren". In ihm sind Bilderuhren, sogenannte Rahmenuhren, die in einem viereckigen Holzrahmen wie ein Gemälde aussehen, Wiener Biedermeieruhren mit Alabastersäulen (1830/40), Wiener Empireuhren und eine echt französische Spielerei: ein Spazierstock mit Uhr. Selten ist der sogenannte "kleinste Zappeler", eine winzige Uhr mit einem noch winzigeren Pendel, das schrecklich aufgeregt hin und her schwingt. Interessant ist auch ein Wecker, der selbsttätig mit dem Wecken Licht macht, und die Globusuhr, die für Schul- und Lernzwecke sehr instruktiv ist und eine Umdrehung in 24 Stunden macht. Lustig und ausserordentlich kunstvoll ist eine Automatenuhr, bei der ein Seiltänzer tanzt und zwei Musikanten ihn auf Zupfinstrumenten begleiten, ferner die "Singvögeluhr", die durch eine der Kuckucksuhr ähnliche Anordnung eines Blasebalgs einen Fink zum naturähnlichen Singen bringt. Wie Riesenspielzeuge sehen die beiden

150 Jahre alten Zeiger der alten Uhr des Wiener Rathauses aus, phantastisch das mächtige, transparente Zifferblatt.

Weiter befindet sich im zweiten Stock die Bibliothek des Uhrenmuseums, die wieder eine Seltenheit für sich ist, mit alter und neuer Fachliteratur, mit Zeitschriften, heute noch käuflichen Bänden und Seltenheiten. Dort liegt auch das "Gästebuch", in das sich jeder Besucher eintragen muss, und dort steht noch eine Monumentaluhr (aus 180 Bestandteilen!), das 160 Jahre alte Lebenswerk eines Augustinermönchs, die eine Unmenge von Zifferblättern, kalendarischen Angaben, Mond- und Sonnenzeigern enthält.

Im dritten Stock wird neben dem "Zimmer der tausend Uhren" (Taschenuhren, "Nürnberger Eier" - um 1600 -, teils nur mit einem Zeiger) vor allem die Privatsammlung der verstorbenen Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach gezeigt, die im Jahre 1917 durch die Spenden zweier Liebhaber für etwa 180 000 Mark angekauft werden konnte. Diese Sammlung, in mehreren Kästen untergebracht, enthält eine Anzahl aussergewöhnlich schöner Taschenuhren, ebenfalls einen sehr kleinen "Zappler", Emailleuhren, Repetieruhren mit zarten Malereien, in reichen und phantastischen Formen. Ferner sind in diesem Raume neben anderen eine Anzahl hölzerne Taschenuhren (bei denen sogar die Käder und Rädchen aus Holz geschnitten sind!), und überall sieht man nicht nur die fertigen Uhren, sondern an einem zweiten Exemplar in die geöffneten "Eingeweide", in den Mechanismus. Originell ist eine Taschenuhr, die sich beim Spaziergehen von selbst aufzieht (durch den Rhythmus und die Bewegung des Gehens), ebenso eine "1/5 Sekunden-Uhr", die fünfmal in der Sekunde und auch die Minuten schlägt. Schön sind reichverzierte Barockuhren, eine Augsburger Uhr, bei der sich nicht die Zeiger bewegen, sondern bei der das Zifferblatt weiter geht. Auf einem Bilde wird der Stefansdom gezeigt, und an seinem Turme befindet sich wieder eine richtige Uhr. So wird eine Entwicklung klargelegt, von den ersten Anfängen einer Kunst (und eines Handwerks, einer Kunstfertigkeit) bis zur modernsten, technisch vollkommen maschinellen Massenfabrikation, wie sie heute die Fabriken im Schwarzwald und anderswo betreiben - bis zu Junghans und der Ankeruhr.

Immer noch wird die Sammlung durch gelegentliche Spenden und Ankäufe erweitert. Die Gemeinde Wien hat schon viel Geld dazu gegeben. Und immer sind kleine und auch grössere Gruppen da, die dieses nicht nur für den Fachmann, sondern gerade auch für den Laien so interessante Häuschen besuchen kommen und sich von dem freundlichen Doktor Kaftan seine Schätze zeigen lassen.

Goetz Meyer (Wien).

Die Entdeckung des Südpols.^x

SPD. 20 Jahre mögen in der Geschichte der Menschheit als eine kurze Spanne Zeit gelten. Es ist jedoch ein grosser Zeitraum, wenn man das Tempo der gegenwärtigen Entwicklung berücksichtigt, und diese Spanne Zeit an den Fortschritten von Wissenschaft, Forschung und Technik misst. Die Forschungsergebnisse auf allen Gebieten ergänzen sich gegenseitig, greifen ineinander und geben damit auch dem Geographen tausend neue Möglichkeiten für seine Arbeiten. Schon heute wird es als eine Selbstverständlichkeit angesehen, dass man in die gefährlichen Polarregionen mit Luftschiff und Flugzeug eindringt, dass der Weg durch die Luft auch hier der beste, kürzeste und sicherste ist. Vor zwei Jahrzehnten wurde der Südpol zum erstenmal erreicht. Wie sehr hat sich seitdem das Bild der Erde verändert; wie bedeutend sind die unerforschten Gegenden, die weissen Stellen auf der Landkarte, zusammengeschmolzen unter dem Angriff der Forscher!

Zwei getrennte Forschergruppen kämpften vor 20 Jahren um die Ehre, als erste den Südpol zu erreichen: eine norwegische Expedition unter Führung von Roald Amundsen und eine englische unter der Leitung des Kapitäns Robert

Falcon Scott. Amundsen brach am 20. Oktober 1911 von der Walfischbucht auf und wanderte mit Schlitten und Kajak den 700 Kilometer langen Weg über die Ross-eisplatte. Darauf folgte ein Anstieg durch wildzerklüftete, lebensgefährliche Gletschertäler bis zu einer Höhe von 3200 Metern, und über eine weite, sich leicht senkende Hochebene ging es dann durch Schnee und Eis zum Pol. Am 15. Dezember 1911 wurde von Amundsen und seinen Begleitern der Südpol erreicht. Die Männer hatten bei dieser wissenschaftlichen Grossleistung einen Weg zurück gelegt, der ungefähr der Strecke von Tilsit nach Stuttgart entspricht.

Scott erreichte den Pol erst am 18. Januar 1912. Bei seiner Rückkehr hatte er so sehr mit Kälte und Schneestürmen zu kämpfen, dass er kaum von der Stelle kam und die mitgenommenen Lebensmittel schon lange vor dem Ziel verbraucht waren. Am 29. März 1912 kam er als ein Opfer unermüdlichen Forschungseifers mit seinen Begleitern in der Oede der Antarktis ums Leben.

Der deutsche Winter.^X

SPD. "Der Winter ist ein rechter Mann, kernfest und auf die Dauer!" Diese Worte meines Kollegen aus der klassischen Zeit des "Wandsbeker Boten", des gut herzigen und familiären Matthias Claudius, müssten doch eigentlich jetzt eine gewisse Aktualität besitzen: die Jahreszeit kommt hin. Jedoch, verfolgt man die Wettermeldungen der deutschen Gaue, so muss man zu der Ueberzeugung kommen dass es mit der Festigkeit und Dauer des Winters nicht gar so arg mehr ist. Und also sollten wir uns angewöhnen, den Begriff "Winter" nicht allein mit denen von "Eis", "Frost" und "Schnee" zu verbinden, sondern alle anderen melancholischen und freundlichen Reize dieser Jahreszeit nicht minder wichtig zu nehmen.

Wir haben einige Tage im Winter, an denen das Märchen auferstanden ist - da schütteln sich die flauschigen Flocken wie frierende Vögel, wenn sie kreisend aus den Wolken auf die Erde fallen; da ist der Boden kalt und hart wie Stahl, und an manchen Stellen bekommt er sogar Risse vor lauter Frost. In den Wäldern wird es weiss. Die Bäume tragen das glitzernde Laub der Flocken unter bleiernem Himmel. Das Getier flüchtet in die Wärme seiner Nester und Höhlen und wird gegen Menschen zahm wie Hauskatzen. In den Bauernhäusern sitzen die Leute eng um die Glut der Oefen, erzählen sich Geschichten, rauchen und handarbeiten und lassen das Radio die Zeit verkürzen, und in den Städten liegt die Wätere auf allen Strassen. Das Leben wird gedämpft und frischer. Eine gewisse winterliche Heiterkeit liegt in diesen Stimmungen.

Mag aber noch die Flur in Deutschland unter den weissen Decken liegen, überkreist vom Volk der Krähen, in den Stadtstrassen saussen die Strassenbahnen durch den Schnee, trappen die letzten Pferde und knirschen die vielen Autos, und schon nach wenigen Stunden hat die Strasse kaum noch Tupfen von Weiss: sie ist ein braunes, schmutztriefendes Etwas geworden. Der moderne Verkehr auf allen Sorten von Rädern hat uns Städtern das Bild des Winters ein für alle Mal verdorben, und sobald dann noch (und zwei Tage später ist es bestimmt so weit) das obligate Tauwetter einsetze, dann tropft es von den Häusern und Bäumen auch noch herab; die Schneekuppen verschwinden; die Jahreszeit ohne Gesicht beginnt.

Ohne Gesicht? So glaubt man vielleicht. Aber nimmt man sich denn die Zeit nur einmal besser die Augen aufzumachen? Ist nicht unter dem verhangenen Himmel ein unsichtbares, aber fühlbares Etwas, das zu begreifen sich lohnt? Liegt nicht eine Stimmung zwischen Nikolaus Lenau und Eichendorffschem Frühlingsverlangen über unsern modernen Giebeln, wie dereinst im Zauber der dächerschwingenden Kleinstädte von vorgestern? Und bringt es der Städter auch nur einmal in diesen Wochen fertig, drei, vier Stunden lang seine Häusermauern zu ver-

lassen, um vor den Schrebergärten - den neuzeitlichen und friedlichen Grenzfesten unsrer Stadtkolosse - dem Winter ins Gesicht zu blicken? Dort findet er ihn; dort ist die grosse Stille schon eher zu Hause, jene Stille, unter der sich die Erde im Schlafe zu dehnen scheint, unter deren Mantel (und sei der Schnee auch schon wieder als Fruchtbarkeit in den Boden gesogen worden) das Korn sich vorbereitet auf den Keim, und wenn die Spatzen zirpend umherhüpfen, fühlt auch der Städter die fremde, ewige Andacht dieser Jahreszeit, die er längst vergessen hat.

Der Frühling - ja, der wird noch von allen erlebt, sobald nur in den Vorgärten die Stachelbeerbüsche knospen. Der Sommer, ja, da machen sie sich zu Hunderttausenden auf und fahren in die Berge und in die Bäder. Der Herbst - nun, seine Früchte geniessen alle mit Behagen (und Aerger über den teuren Obstpreis). Aber den Winter haben sie alle vergessen, weil er fremd geworden ist; weil er die Betriebsamkeit der Städte flieht, in denen Licht und Wärme, seine ärgsten Feinde, herrschen und den Menschen Bequemlichkeit versprechen, ohne ihnen Glück zu geben. Vielleicht ist auch der deutsche Winter ein wenig älter und nachsichtiger geworden als zu meines Kollegen Matthias Claudius Zeiten. Die Wetterwissenschaftler wollen so etwas beobachtet haben, und seine letzten Festungen, die Berge, frost- und sonnenumblitzt, betrachtet er als letzte Verteidigungsstellung gegen die "neue Zeit"... Aber seine Geheimnisse, seine Besinnlichkeit, die in Deutschland zu tausendfältiger Poesie geworden, sind auch für uns, für euch noch da: wenige hundert Meter vor den Städten. Wer nicht in die Berge fahren kann, um die gesündeste aller möglichen Erholungen zu geniessen, der darf doch so viel Zeit opfern, um ihm die paar Schritte bis zum Beginn der Natur entgegenzugehen. Der deutsche Winter ist noch da.

Walter Anatole Persich.

Dezember-Sang.^X

Jetzt geht's zum Schluss - nur noch drei kurze Wochen,
und "1" macht sich still ans Gehen.
Wir sagen "Prost!" und werden Pünsche kochen
fürs neue Jahr - (Ob mit Erfolg? - Mal sehen!)

Der Wind geht rauh und kalt durch kahle Bäume.
Das Paddelboot träumt wohlverpackt von Fahrten.
Uns schleichen Sorgen in die Vorfestträume:
Reicht es zum Schenken, was wir mühsam sparten?

Man schenkt uns Ueberraschung alle Tage -
(die nationale Front brach halb zusammen).
Wir haben sonst auch keinen Grund zur Klage:
man sorgt für uns mit besten Best-Programmen.

"Nu hob' doch i'legal zu sein befohlen,"
seuzt Hitler bang ob all den neuen Nöten. -
Der Oberreichsanwalt mocht' auch nicht wollen;
nun ist er doch - zum Schluss - "hineingetreten".

Es wär' so viel zum Jahresschluss zu sagen -
die Kälte kommt - wo sind die bill'gen Kohlen?
Man muss den alten Mantel nochmal tragen,
es reicht noch nicht zu neuen Stiefelsohlen....

lassen, um vor den Schrebergärten - den neuzeitlichen und friedlichen Grenzfesten unsrer Stadtkolosse - dem Winter ins Gesicht zu blicken? Dort findet er ihn; dort ist die grosse Stille schon eher zu Hause, jene Stille, unter der sich die Erde im Schlafe zu dehnen scheint, unter deren Mantel (und sei der Schnee auch schon wieder als Fruchtbarkeit in den Boden gesogen worden) das Korn sich vorbereitet auf den Keim, und wenn die Spatzen zirpend umherhüpfen, fühlt auch der Städter die fremde, ewige Andacht dieser Jahreszeit, die er längst vergessen hat.

Der Frühling - ja, der wird noch von allen erlebt, sobald nur in den Vorgärten die Stachelbeerbüsche knospen. Der Sommer, ja, da machen sie sich zu Hunderttausenden auf und fahren in die Berge und in die Bäder. Der Herbst - nun, seine Früchte geniessen alle mit Behagen (und Aerger über den teuren Obstpreis). Aber den Winter haben sie alle vergessen, weil er fremd geworden ist, weil er die Betriebsamkeit der Städte flieht, in denen Licht und Wärme, seine ärgsten Feinde, herrschen und den Menschen Bequemlichkeit versprechen, ohne ihnen Glück zu geben. Vielleicht ist auch der deutsche Winter ein wenig älter und nachsichtiger geworden als zu meines Kollegen Matthias Claudius Zeiten. Die Wetterwissenschaftler wollen so etwas beobachtet haben, und seine letzten Festungen, die Berge, frost- und sonnenumblitzt, betrachtet er als letzte Verteidigungsstellung gegen die "neue Zeit".... Aber seine Geheimnisse, seine Besinnlichkeit, die in Deutschland zu tausendfältiger Poesie geworden, sind auch für uns, für euch noch da: wenige hundert Meter vor den Städten. Wer nicht in die Berge fahren kann, um die gesündeste aller möglichen Erholungen zu geniessen, der darf doch so viel Zeit opfern, um ihm die paar Schritte bis zum Beginn der Natur entgegenzugehen. Der deutsche Winter ist noch da.

Walter Anatole Persich.

Dezember-Sang.^x

Jetzt geht's zum Schluss - nur noch drei kurze Wochen,
und "11" macht sich still ans Gehen.

Wir sagen "Prost!" und werden Pünsche kochen
fürs neue Jahr - (Ob mit Erfolg? - Mal sehen!)

Der Wind geht rauh und kalt durch kahle Bäume.
Das Paddelboot träumt wohlverpackt von Fahrten.
Uns schleichen Sorgen in die Vorfestträume:
Reicht es zum Schenken, was wir mühsam sparten?

Man schenkt uns Ueberraschung alle Tage -
(die nationale Front brach halb zusammen).
Wir haben sonst auch keinen Grund zur Klage:
man sorgt für uns mit besten Best-Programmen.

"Nu hob' doch i'legal zu sein befallen,"
seuzt Hitler bang ob all den neuen Nöten. -
Der Oberreichsanwalt mocht' auch nicht wollen;
nun ist er doch - zum Schluss - "hineingetreten".

Es wär' so viel zum Jahresschluss zu sagen -
die Kälte kommt - wo sind die bill'gen Kohlen?
Man muss den alten Mantel nochmal tragen,
es reicht noch nicht zu neuen Stiefelsohlen....

Wir stehn mit roten Nasen vor den Scheiben
und trinken Tee mit Aspirintabletten.
Das Radio schluchzt: "...und soll es eeewig bleiben!",
indes wir uns verschnupft ins Bette retten.

So läuft die Zeit - lies oben! Noch drei Wochen,
und dann beginnt der alte Quatsch vom neuen - -
Na, ganz egal, wir werden Glühwein kochen
und uns trotzdem auf "32" freuen! -

Walter Schirmeier.

Einer für Alle...^x

SPD. Es war während des nordamerikanischen Befreiungskrieges. Man setzte ein Fort instand. Die Soldaten schwitzten während der Arbeit. - "Ho! Hopp!" rief der Unteroffizier, der die Arbeiten zu beaufsichtigen hatte. Und immer wieder versuchten die Soldaten, einen riesigen Balken an die gewünschte Stelle zu heben. Aber die Aufgabe schien beinahe unmöglich zu sein, denn der Balken war äusserst schwer, und es mangelte an Hilfskräften. - "Ho! Hopp!" schrie der Unteroffizier, und die Soldaten schwitzten.

Da ging ein Offizier in Zivil vorüber, blieb einen Augenblick stehen und fragte dann den Unteroffizier: "Warum helfen Sie nicht ein wenig? Vielleicht würde es dann besser gehen."

"Ich kann nicht helfen. Ich bin Unteroffizier und habe die Aufsicht."

"Unteroffizier sind Sie! So, so!" sagte der Unbekannte, lüftete seinen Hut und machte eine Verbeugung: "Dann bitte ich um Verzeihung. Dann natürlich." Mit diesen Worten zog er seinen Rock aus und begann zuzupacken. Er mühte sich ab, dass auch ihm der Schweiss auf der Stirn perlte. Und ging nicht weiter, solange nicht der Balken an die ihm bestimmte Stelle gebracht worden war.

Als er dann seinen Rock wieder anzog, sagte er lächelnd zu dem Unteroffizier: "Wenn Sie einmal wieder nicht mit Ihren Arbeitskräften kauskommen, dann schicken Sie einfach nach dem Oberbefehlshaber! Ich werde sofort zur Aushilfe kommen."

Der Unteroffizier wurde totenbleich. Denn erst jetzt erkannte er den Mann, der ihm diese Lehre erteilt hatte: George Washington!

Kurt Miethke.

SPD. Sonnenfinsternis und Relativitätstheorie.^x Die Bearbeitung der Ergebnisse der Sonnenfinsternis-Expedition, die zum 9. Mai 1929 nach Sumatra unternommen wurde, ist erst in diesen Wochen beendet worden und liegt nun fertig vor. Die Nachprüfung der Relativitätstheorie hat allerdings insofern eine Enttäuschung gebracht, als die Ablenkung eines am Sonnenrande stehenden Sternes 2,2 Winkelsekunden betrug, anstatt der aufgrund der Relativitätstheorie vorausgerechneten 1,75. Eine Erklärung für diese Differenz kann einstweilen noch nicht gegeben werden.

SPD. Ein Musiklexikon vor zweihundert Jahren.^x Das älteste Musiklexikon, das sowohl musiktechnische wie auch biographische Mitteilungen brachte, erschien in deutscher Sprache. Es war das im Jahre 1732 herausgegebene "Musikalisches Lexikon" oder die "Musikalische Bibliothek" von I.G. Walther, einem nahen Verwandten von J.S. Bach.